

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Korrigiertes Wortprotokoll
11. Sitzung

Berlin, den 21.04.2010, 10:30 Uhr bis 13.30 Uhr
Sitzungsort: Marie-Elisabeth-Lüders-Haus
Adele-Schreiber-Krieger-Straße 1 / Schiffbauerdamm
10117 Berlin
Sitzungssaal: 3.101 (Anhörungsaal)

Vorsitz: Eva Bulling-Schröter, MdB

Einzigter Punkt der Tagesordnung

Öffentliche Anhörung zum

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes

BT-Drucksache 17/1147

S. 7

Anwesenheitsliste*

Mittwoch, 21. April 2010, 10:30 Uhr

DEUTSCHER BUNDESTAG

**Anwesenheitsliste
gemäß § 14 Abs.1 des Abgeordnetengesetzes
Sitzung des Ausschusses Nr. 16 (Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit)**

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
<u>CDU/CSU</u>		<u>CDU/CSU</u>	
Brähmig, Klaus	Barei, Thomas
Brand, Michael	Bilger, Steffen
Dtt, Marie-Luise	Brinkhaus, Ralph
Flachsbarth Dr., Maria	Funk, Alexander
Gebhart Dr., Thomas	Gerig, Alois
Göppel, Josef	Heider Dr., Matthias
Hirte, Christian	Kruse, Rdiger
Jung (Konstanz), Andreas	Lehmer Dr., Max
Koepfen, Jens	Poland, Christoph
Liebing, Ingbert	Pols, Eckhard
Nlein Dr., Georg	Rring, Johannes
Paul Dr., Michael	Ruck Dr., Christian
Petzold, Ulrich	Rddel, Erwin
<u>SPD</u>			
Becker, Dirk	Bartol, Sren
Bollmann, Gerd	Burkert, Martin
Bülow, Marco	Hempelman, Rolf
Kaczmarek, Oliver	Kelber, Ulrich
Kofler Dr., Bärbel	Lemme, Steffen-Claudio
Miersch Dr., Matthias	Lsekrug-Mller, Gabriele
Schwabe, Frank	Rspel, René
Vogt, Ute	Scheer Dr., Hermann

Mittwoch, 21. April 2010, 10:30 Uhr

DEUTSCHER BUNDESTAG

Anwesenheitsliste
gemäß § 14 Abs.1 des Abgeordnetengesetzes
Sitzung des Ausschusses (Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit)

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
---	---------------------	--	---------------------

FDP

Brunkhorst, Angelika
Kauch, Michael
Knopek Dr., Lutz
Meierhofer, Horst
Skudelny, Judith

FDP

Breil, Klaus
Happach-Kasan Dr., Christel
Kober, Pascal
Solms Dr., Hermann Otto
Staffeldt, Torsten

DIE LINKE.

Bulling-Schröter, Eva
Lenkert, Ralph
Menzer, Dorothée
Stüber, Sabine

DIE LINKE.

Dittrich, Heidrun
Leidig, Sabine
Petermann, Jens
Weinberg, Harald

BÜ90/GR

Fell, Hans-Josef
Krischer, Oliver
Ott Dr., Hermann
Steiner, Dorothea

Höhn, Bärbel
Kotting-Uhl, Sylvia
Kurth (Quedlinburg), Undine
Maisch, Nicole

*) Der Urschrift des Protokolls ist die Liste der Unterschriften beigefügt.

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (16)

Mittwoch, 21. April 2010, 10:30 Uhr

Fraktionsvorsitzende:

Vertreter:

CDU/CSU
SPD
FDP
DIE LINKE.
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Fraktionsmitarbeiter:

Fraktion:

Unterschrift:

(Name bitte in Druckschrift)

.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....

10. Sitzung

Beginn: 10.48 Uhr

Vorsitzende: Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie recht herzlich zur heutigen Anhörung des Umweltausschusses zum Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und FDP zum **Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Erneuerbare-Energien- Gesetzes**. Ebenfalls sehr herzlich begrüße ich unsere geladenen Experten: SV Dr. Holger **Krawinkel** (Verbraucherzentrale Bundesverband e.V. (vzbv)), SV Frank **Peter** (Prognos AG), SV RA Alexander **Neuhäuser** (Zentralverband der Deutschen Elektro- und Informationstechnischen Handwerke (ZVEH)), SV Prof. Dr. Eicke R. **Weber** (Fraunhofer-Insitut für Solare Energiesysteme (ISE)), SV Dr. Aribert **Peters** (Bund der Energieverbraucher e.V.), SV Philippe **Welter** (PHOTON Europe GmbH), SV Angelika **Thomas** (IG Metall) und SV Dr. Wolfgang **Seeliger** (Landesbank Baden-Württemberg). Es gibt sehr viel Interesse an dieser Thematik. Wir alle im Hause wollen, dass die CO₂-Reduktionen, wie im Deutschen Bundestag beschlossen, eingehalten werden. Wir wollen, dass regenerative Energien ausgebaut werden. Darüber hinaus gibt es unterschiedliche Ansätze. Wir haben uns verständigt, dass jeder Sachverständige ein Fünf-Minuten-Eingangsstatement halten kann.

Sie haben uns alle eine schriftliche Stellungnahme auf Grundlage des Fragenkatalogs übersandt. Wir haben zwei Blöcke gebildet. Der erste Block ist die einmalige Absenkung der Förderung, die Degression, die derzeitige Marktsituation, die volkswirtschaftlichen Auswirkungen des Gesetzes und die Belastungen der Verbraucher. Der zweite Block bezieht sich auf die Freiflächen und Ackerflächen, den Eigenverbrauch, den Verbraucherschutz und die Angemessenheit von Fristen.

SV Dr. Holger **Krawinkel** (vzbv): Herzlichen Dank für die Gelegenheit, heute sprechen zu können. Wir hatten uns schon länger mit der Thematik Solarförderung beschäftigt. Vor allen Dingen deshalb, weil uns ausgefallen war, dass insbesondere der Zubau wesentlich schneller vorstatten geht als es ursprünglich angenommen und verbreitet wurde. Vor zwei Jahren saßen wir im Umweltausschuss zusammen. Da ging es um folgende Zubauzahlen: 2009 682 Megawatt, 2010 706 Megawatt, 2011 623 Megawatt, 2012 642 Megawatt und 2013 675 Megawatt. Ich habe mich damals gewundert,

wie man das so genau ausrechnen kann. Die Realität sieht anders aus. Wir haben 2009 einen Zubau von wahrscheinlich 4.000 bis 5.000 Megawatt. Wir werden 2010 wahrscheinlich in den Bereich von über 8.000 Megawatt, vielleicht sogar 10.000 Megawatt, kommen. Das kommt jetzt darauf an, wie die Entscheidungen im Bundestag laufen werden. 2011 sind es noch einmal deutlich mehr. Das hat erhebliche Auswirkungen auf die EEG-Umlage. Wir haben jetzt schon Nachholbedarf für 2009 im Bereich von wahrscheinlich 0,3 und 0,4 Cent. Das hängt von den endgültigen Ergebnissen der Zählung ab. 2010 ist die Situation besonders dramatisch, weil dort in der Prognose von einer Stromproduktion aus Solarenergie ausgegangen wurde, die bereits mit den bis Ende 2009 installierten Anlagen erreicht werden kann, wahrscheinlich sogar übertroffen wird. Alles, was 2010 zugebaut wird, muss zusätzlich berechnet werden. Dadurch steigt die Umlage noch einmal deutlich an. Wir haben, obwohl die Daten schwer zugänglich sind, Überschlagsrechnungen gemacht. Wir erwarten demnächst belastbare Zahlen, vielleicht auch offizielle Zahlen von der Bundesregierung. Man muss davon ausgehen, dass die Umlage sich auf 4 Cent ohne Mehrwertsteuer verdoppelt. Das hat erhebliche Auswirkungen auf die Strompreise bei den Verbrauchern. Das ist das, was uns umtreibt. Unseres Erachtens ist es nicht notwendig, weil die Kosten der Produktion von Solarmodulen deutlicher gefallen sind, als es angenommen wurde. Es werden sehr hohe Renditen erzielt. Durch die hohen Renditen wird der Zubau stark beschleunigt. Was heißt das für die Netzintegration? Wenn Sie sich vorstellen, dass wir im Laufe des Jahres 2010 15.000 Megawatt Solarleistung installiert haben, dann ist das die Last an einem Samstag oder an einem Sonntag. Die Strompreise gehen gegen Null. Das ist der Merit-Order-Effekt. Aber der Wert des Solarstroms kannibalisiert sich je stärker zugebaut wird. Auch das wird sich auf die Umlage auswirken. Sie wissen nicht genau, ob die Netze das überhaupt aushalten, wenn es eine solare Vollversorgung gibt für wenige Stunden im Jahr. Wenn sich das dann im Jahr 2011 noch weiter fortsetzt, haben wir sogar an bestimmten Stunden am Tag Überproduktionen, möglicherweise allein durch Solarenergie. Die Dimensionen, die sich daraus ergeben, werden noch überhaupt nicht realisiert. Ein plötzlicher Spannungsabfall durch Wolken, kann dazu führen, dass Umspannwerke von einer Sekunde auf die andere abschalten. Dann gibt es Blackouts. Die Versorgungssicherheit ist gefährdet. Auch das muss deutlich berücksichtigt werden. Des-

wegen sehen wir diesen Punkt der Eigenverbrauchsvergütung besonders kritisch, weil dort überhaupt keine Anreize gegeben werden, Signale aus dem Stromnetz aufzunehmen, um entsprechend z. B. Einspeisungen zurückzuhalten. Da wäre es zwingend notwendig, auch im Sinne der Versorgungssicherheit, eine Akkupflicht mindestens mit einzubeziehen. Wenn das nicht gelingt, dann würde ich vorschlagen, dass dieser Paragraf zumindest bis 2012 verschoben wird.

SV Frank **Peter** (Prognos AG): Ich habe im Wesentlichen drei Punkte: Der erste ist, dass ich es höchst unglücklich finde, die Senkung der Einspeisevergütung für PV-Strom mit dem Wohl und Wehe der deutschen Solarindustrie zu verknüpfen, weil das zwei Punkte sind, die an sich relativ wenig miteinander zu tun haben. Wir sehen es 2009 und auch 2010. Die Vergütungen waren noch auf einem sehr hohen Niveau und die Umsätze in der deutschen Solarindustrie sind trotzdem erheblich zurückgegangen sind. Also kann es aus meiner Sicht sehr offensichtlich nicht mit der Höhe der Vergütungssätze zusammenhängen, inwieweit die deutschen Solarunternehmen im internationalen Wettbewerb aufgestellt sind oder nicht. Als Zweites gibt es im Markt im Moment Überkapazitäten im Bereich der Modulproduktion, was dazu geführt hat, dass die Kosten der Module im Markt auf die Grenzkosten günstiger Produktionsstätten gesunken sind. Wir erwarten nicht, dass sich dieser in Zukunft wieder umkehrt und dass die Modulpreise wieder signifikant steigen, sondern dass die Kostenentwicklung moderat weitergeht. Deswegen unser Vorschlag: Eine Einmalabsenkung um 15 % vorzunehmen und dann eine mittlere Basisdegression von 6 % einzuführen. Als Drittes kann ich SV Dr. Holger **Krawinkel** (vzbv) nur beipflichten, auch wenn nicht im vollem Umfang, dass die EEG-Umlage natürlich massiv steigen wird durch die Investitionen und durch den Zubau, die wir allein in den Jahren 2009 und 2010 sehen. Wir erwarten nicht die 4 Cent, aber etwas in Richtung 3 Cent oder 3,5 Cent EEG-Umlage halten wir für sehr realistisch. Insgesamt ist das Thema sehr zeitverzögert. Wir hätten dem deutschen Stromverbraucher oder auch der deutschen Industrie, die noch EEG-pflichtig ist, die EEG-Umlage zu zahlen, deutlich mehr geholfen mit 10 %-Reduktion Anfang 2010 hinzubekommen, als eine ewig lange Debatte zu haben und 15 % effektiv erst im Oktober zu realisieren. Das sind alles Sachen, die nicht hätten sein müssen. Es ist eigentlich geboten, jetzt schnell eine Einmalabsenkung hinzubekommen, um dann zu warten, wie der Markt sich im nachhinein aufstellt.

SV RA Alexander **Neuhäuser** (ZVEH): Wir freuen uns, dass kleine und mittelständische Handwerksgewerbe hier auch gehört werden. Unser Augenmerk liegt auf den Bedingungen der Förderung. Die Diskussion um die Einmalabsenkung hat bereits zu erheblicher Irritation und Verunsicherung bei den installierenden Betrieben geführt. Wir plädieren ganz stark dafür, dass hier eine klare, verlässliche Regelmäßigkeit eingehalten wird, in dem auch zusätzliche Degressionsrunden auf die derzeit regelmäßigen Degressionsrunden zum Jahresende verlegt werden. Wir haben erlebt, dass es im April zu erheblicher Verunsicherung kam, die die kleinen und mittelständischen Betriebe nicht mehr abpuffern konnten. Diese Betriebe sind nicht so aufgestellt, dass sie sich rechtssicher gegen ihre Auftraggeber durchsetzen können. Es ist daher entscheidend, dass hier stabile Bedingungen herrschen. Wir plädieren dafür, dass die Degression generell auf das Jahresende gelegt wird und halten es deshalb auch für erforderlich, dass in der jetzigen Diskussion, wo das einmal angesprochen wurde, allenfalls eine moderate Absenkung im Sommer erfolgt und dass dann, um ein Signal zu setzen, jeweils zum Jahresende weitere Degressionsrunden erfolgen. Das kann auch individuell erfolgen, auch zusätzlich zum atmenden Deckel. Auch da sprechen wir uns stark dafür aus, dass der Markt individuell beobachtet wird, weil wir nicht der Meinung sind, dass man mit diesem Automatismus, der zurzeit auch stark gespreizt ist, die Lage vollständig in den Griff bekommen wird. Man wird unter Umständen Effekte erhalten, die man nicht haben möchte, die man auch so derzeit nicht voraussehen kann. Wenn es darum geht, die heimische Wirtschaft zu stärken, sollte man auf jeden Fall auch auf das heimische Handwerk setzen. Wir haben unter unseren Betrieben gefragt und dabei festgestellt, dass die Handwerksbetriebe zu 80 % zunächst Module aus deutscher Fertigung empfehlen. Das hängt damit zusammen, dass hier stabile Bedingungen herrschen, Rechtssicherheit, die Gewährleistung läuft, die Versorgung, aber auch die Nähe zum heimischen Markt ist sehr groß. Auch das ist ein Argument dafür, dass man hier für stabile Bedingungen sorgen sollte, um den Betrieben, die letztendlich, vor allem auch die Masse der Kleinanlagen bis 40 Kilowatt, an den Kunden bringen, verlässliche Rahmenbedingungen zu geben. Zu der Einspeisevergütung: Aus unserer Sicht sollte die Bundesregierung viel stärker ins Auge fassen, dass Möglichkeiten bei der Automation und bei der Speicherung bestehen. Wir sind der Auffassung, dass ausdrücklich nicht nur die Speicherung ins Auge gefasst werden sollte. Auch die Anpassung des Gebäudes an das Netz, ist ganz wesentlich, weil man hier zum Teil auch

wesentlich kostengünstiger größere Effekte erzielen kann. Wir glauben, dass das zu großer Netzentlastung beitragen wird. Wir bitten darum, auch hier andere Instrumente ins Auge zu nehmen und eine Energiepolitik aus einem Guss zu machen. Ich nenne z. B. die Energieeinsparverordnung, die sich stark auf das Gebäude bezieht, wo man hervorragend solche Instrumente unterbringen könnte, wo eigentlich die richtigen Hebel bereits vorhanden sind.

SV Prof. Eicke R. **Weber** (ISE): Ich glaube, es besteht unter uns allen Einigkeit, dass die Welt eine möglichst rasche Umstellung des globalen Energiesystems auf 100 % regenerative Energien braucht. Was wir wirklich erkennen müssen ist, obwohl Deutschland zum CO₂-Haushalt der Welt nur einen winzig kleinen Anteil beiträgt, d. h. ob Deutschland CO₂ reduziert oder nicht, ist relativ unwichtig, dass wir unsere weltweite Führungsposition in der Entwicklung und Einführung regenerativer Energien verteidigen. Das halte ich für unglaublich wichtig. Das sollten wir nicht gefährden. In der Tat hat allein die Solarbranche in Deutschland 70.000 Arbeitsplätze geschaffen. Wenn wir in diesem Jahr 5 bis 6 Gigawatt Photovoltaik installieren, dann bedeutet das ein Marktvolumen von 15 Mrd. Euro. Das ist 1 % des Bruttonettoproduktes, d. h., wenn wir sagen, wir hätten keine Solarbranche, würden wir vielleicht von schwachem Wirtschaftswachstum in die Rezession gehen. Das EEG ist praktisch ein Konjunkturförderprogramm. Im Unterschied zu all den anderen Programmen, die der Bundestag beschlossen hat, ein Programm, das nicht aus dem öffentlichen Haushalt gefördert wird. Das sollte man sich klar machen. Die Photovoltaik ist unter all den regenerativen Energien zugegebenermaßen noch immer eine sehr teure Energie. Wir sollten erkennen, dass die Photovoltaik eine Halbleitertechnologie ist, die seit mehr als 20 Jahren konstant einer Lernkurve gefolgt ist. Die Kosten sind jedes Mal um 15 % im System, 20 % im Modul gefallen, wenn das global installierte Volumen sich verdoppelt hat. Wenn Sie erkennen, dass wir allein im Jahr 2009 ein Drittel des global installierten Volumens von 21 Gigawatt zugebaut haben, sehen Sie, wie schnell wir in die Gegend kommen, dass Solarenergie mit allen anderen Energieformen konkurrenzfähig sein wird und dass Länder, die dort schnell vorgeprescht sind, auch einen wirtschaftlichen Vorteil von der eigenen Erzeugung sicherer heimischer Energie haben werden. Das ist die Lage, vor der wir stehen. Wie Sie wissen, haben wir im Februar aus meinem Institut eine Studie erstellt, in der wir sorgfältig abgeschätzt haben, welche zusätzliche Absenkung der Einspeisevergütung möglich ist. Wir basieren das auf der langjährigen Lern-

kurve, die ich gerade geschildert habe, die praktisch einen Durchschnittspreis ergibt. Erstaunlicherweise lagen die Preise in den letzten vier Jahren über der Lernkurve, weil die Nachfrage höher als das Angebot war. Im Jahre 2010 sind wir ganz genau wieder auf der Lernkurve. Da ergibt sich eine Absenkung von 6 % für kleine Anlagen und 10 % für große Anlagen. Das bedeutet für Investoren Renditen von 6 % bis 7 %. Das ist das, was wir den Investoren auch anbieten sollten. Wir sollten bedenken, dass eine zu starke Absenkung des Einspeisetarifs den Photovoltaikmarkt nicht kaputt machen wird. Aber was passiert ist, dass Investoren und Hausbesitzer gezwungen sein werden, wegzugehen von den Produkten aus deutscher Herstellung. Ich weiß es selber aus Erfahrung in Freiburg. Die Hausbauer wollen deutsche Solarmodule auf dem Dach. Wenn natürlich damit keine Rendite mehr zu erwirtschaften ist, werden sie chinesische und andere Produkte bevorzugen. Wir sollten dazu überlegen, dass der Unterschied zwischen 10 % und 16 %-ige Absenkung so etwas wie 0,15 Cent pro Kilowattstunde auf Dauer bedeutet. Das heißt, wir ändern an der Wälzungssumme so gut wie gar nichts, aber wir können das, was wir heute in diesem Jahr haben und das, was wir weltweit als Impact des positiven Einspeisegesetzes erleben, ernsthaft gefährden. Wenn wir an die Wälzungssumme denken, in 20 Jahren könnten diese 50 Mrd. Euro oder auch 100 Mrd. Euro betragen. Bedenken wir, dass wir für die Steinkohle, für die Kernenergie ähnliche Beträge in die Hand genommen haben. Aus heutiger Sicht sind das Auslauftechnologien, während die Photovoltaik eine Zukunftstechnologie ist, die noch ganz andere Größenordnungen erreicht. Der Weltenergiebedarf beträgt 15.000 Gigawatt, heute haben wir 20 Gigawatt aus der Solarenergie. Wenn wir mal auf 10 % kommen, dann entspricht das ganz anderen Größenordnungen. Das ist der Markt, den wir vor uns haben. Deutschland hat sich eine sehr gute Position erkaufte. Unser Appell ist: Natürlich ist es positiv und wichtig, die Forschung auf unserem Gebiet zu fördern. Wir sind sehr froh, wenn erkannt wird, dass die bisherige Forschungsförderung wirklich unzureichend geworden ist, weil die Bedeutung dieser Branche so stark zugenommen hat. Aber gleichzeitig ist für uns wichtig, dass die heimische Industrie gesund bleibt, dass die heimische Industrie hier bleibt. Das können wir erreichen, wenn wir die Degressionen sorgfältig anpassen an die Entwicklung der Preise, so wie es in unserer Studie vorgeschlagen wird. Unser Vorschlag: Maßvolle Absenkung und eventuell auf Dauer Umstellung von der Absenkung am 1. Januar auf zwei Termine 1. April und 1. Oktober, um diese Wellen ganz kurz vor einem Degressionsschritt zu vermeiden und abzusenken. Ein Termin 1. April

hätte auch den Vorteil, dass man das Vorjahr dann abschätzen und auch wirklich eine gut fundierte Entscheidung für weitere Degressions-schritte treffen kann.

SV Dr. Aribert **Peters** (Bund der Energieverbraucher e.V.): Der Bund der Energieverbraucher e.V. hält die geplanten Absenkungen für überzogen und gefährlich für die Photovoltaikindustrie. Wir haben abgeschätzt, dass die Zusatzbelastungen für Verbraucher bei der Beibehaltung der jetzigen Förderung, also wenn man auf die überzogene Absenkung verzichtet, dass sie auch dann im Rahmen bleiben. Deshalb plädieren wir dafür, nicht auf 16 %, sondern auf höchstens 10 % zu gehen. Wir brauchen als Verbraucher die Photovoltaik als günstige, umweltfreundliche und als unendliche Energie. Wir zahlen als Verbraucher auch dafür, dass diese Industrie ausgebaut wird, dass wir in wenigen Jahren die Photovoltaik zu einem marktfähigen Preis haben werden. Wir haben das Instrumentarium dafür, das ist das EEG, das war sehr erfolgreich. Wir müssen jetzt an diesem Kurs festhalten, nämlich einer stetigen Förderung für Photovoltaik. Wir dürfen nicht jetzt kurz vor dem Ziel aufhören und die Förderung abbrechen lassen und in den Markt Unsicherheit hereinbringen. Das wäre fatal für den weiteren Ausbau und würde vor allen Dingen das, was wir bis jetzt als Verbraucher investiert haben in den Ausbau der Photovoltaik, infrage stellen und gefährden. Das ist deshalb ein schlechtes Geschäft. Wenn wir über die Förderhöhe sprechen, dann dürfen wir die Preise nicht mit den Kosten verwechseln. Die Preise sind gesunken, aber die Kosten sind nicht im gleichen Umfang gesunken. Wenn wir jetzt die Förderung absenken, wie die Preise abgesunken sind, dann treiben wir die Industrie in eine Falle, in der sie einfach in Deutschland Schwierigkeiten haben, die Produktion fortzusetzen. Wenn wir über die Renditen reden, dann muss man auch die Renditen, die man bei Photovoltaik erzielt, vergleichen mit den Renditen, die wir den Netzbetreibern von Stromnetzen zubilligen. Die betragen 9,25 % ohne jedes Risiko. Wenn wir hier mit Photovoltaik-Renditen vergleichen, dann sollten wir diese Zahl nicht vergessen. Was akzeptieren Verbraucher? Verbraucher akzeptieren einen Aufschlag. Verbraucher wollen, dass die Photovoltaik ausgebaut wird. Sie sind dafür bereit, auch Geld hinzulegen. Deshalb haben wir das mal abgeschätzt. Die Verbraucher wären bereit, etwa 2 Cent pro Kilowattstunde mehr zu zahlen auf den Strompreis. Selbst wenn man auf die 16 % verzichten würde und nur 10 % nehmen würde, dann würden wir insgesamt über die nächsten zehn Jahre bei 2 Cent Zusatzbelastung bleiben. Deshalb würde ich Sie bitten, von dem jetzigen

Vorschlag abzusehen und die Absenkung der Förderung auf 10 % zu beschränken. Wir dürfen uns nicht kurz vor dem Ende der Förderung um die Früchte der bisherigen Förderung bringen. Das wäre unklug. Auch im Verbraucherinteresse entspricht das nicht dem, was wir eigentlich wollen. Wir warnen auch vor Horrorzahlen beim Zubau. Wir haben ganz erhebliche Zubaueffekte schon im Jahr 2009 von Auftraggebern, die eigentlich erst 2010 bauen wollten. Wir rechnen mit einem Zubau von 20, 30 und 40 %. Wenn wir von diesen Zubauraten ausgehen, dann haben wir im Modell ausgerechnet, bleiben die Zusatzbelastungen in diesem erwähnten Rahmen von 2 Cent pro Kilowattstunde. Man muss es vergleichen mit den Zusatzgewinnen der Energieverbraucher. Die müsste man eigentlich auch auf der Stromrechnung angeben. Allein im Jahr 2006 bis 2009 haben die Versorger von den Verbrauchern etwa 4 Cent mehr genommen ohne Steuern, ohne erhöhte Abgaben und bei sinkenden Strombeschaffungspreisen. Das ist die Relation. 4 Cent geben 0,5 Cent heute und gegen 2 Cent, wenn wir an der bisherigen Förderung festhalten.

SV Philippe **Welter** (PHOTON Europe GmbH): Als wir Anfang der 90er Jahre mit der kostendeckenden Vergütung in Aachen angefangen haben, war es das erklärte Ziel, eine sehr teure Technologie möglichst schnell und kosteneffizient in den Markt einzuführen. Die Lernkurventheorie ist mehrfach angesprochen worden. Bei einer Verdoppelung der kumulierten installierten Leistungen sinken die Kosten um etwa 15 bis 20 %. Das ist ein historischer Fakt, den man empirisch nachweisen kann. Den kann sich jeder mit einer Exceltabelle ausrechnen. Was ist jetzt in den letzten Jahren in Deutschland passiert? Aufgrund der EEG-Vergütung war es nicht nötig, die Anlagenpreise abzusenken auf das Maß, dass auf der Kostenebene möglich gewesen wäre. Es hat sich eine Renditepuffer bei den Herstellern ausgebildet. Das hat PHOTON Europe GmbH immer kritisiert. Jetzt ist durch den Wegfall des spanischen Marktes plötzlich eine Situation eingetreten, wo es zu einem Übergang an Produktionen kommt. Was passiert in einer Marktwirtschaft? Jeder versucht, seine Module loszuwerden. Er senkt die Preise solange, bis er einen Käufer findet. Der Prozess hat Anfang 2009 eingesetzt. Weil der Puffer zwischen Preis und Kosten so groß war, hat dieser Prozess sich über ein halbes Jahr hingezogen. Dieses Hinziehen über ein halbes Jahr hat dazu geführt, dass in diesem halben Jahr so gut wie nichts zugebaut worden ist. Das ist auch ein Grund, warum einige Solarfirmen in dieser Zeit rote Zahlen geschrieben haben, wenn man nichts verkauft, aber seine Kosten laufen hat, dann sind

die Zahlen rot. Außerdem hatte man teure Verträge, z. B. für Silizium gemacht, die mussten nachverhandelt werden. Wir hatten Spotmarktpreise von 500 Dollar pro Kilogramm, wir sind runter auf 50 Dollar. Alles das ist passiert, das ist Geschichte. Die Firmen fangen wieder an, schwarze Zahlen zu schreiben. Centrosolar Group AG baut jetzt seine Produktionen in Deutschland sogar wieder aus, weil die Nachfrage so hoch ist. Wir haben im zweiten Halbjahr 2009 auch gesehen, wo die Zubauzahlen hingehen können. Lange Zeit besagte die Theorie, dass es einen natürlichen Deckel in Deutschland gibt. Die Installateure können nicht mehr als 1 oder 2 Gigawatt im Jahr zubauen. Wir haben in der zweiten Jahreshälfte 2009 gesehen, dass sie in einem halben Jahr 4 Gigawatt zubauen können. Das heißt, die Installationskapazitäten sind da. Die Module sind offensichtlich auch da. Mir kann keiner erklären, warum es jetzt in einem ganzen Jahr 2010 nicht möglich sein soll, 8 Gigawatt zuzubauen. Der Grund, warum soviel zugebaut wird, ist übrigens auch in der Anlagenrendite zu sehen. Billigere Anlagen führen zu höheren Renditen. Wir haben jetzt mehrfach Renditezahlen von 8 %, 9 % oder 10 % gehört. Diese schließen eine Information aus: Für den Betreiber ist auch noch die Eigenkapitalrendite relevant. Die ist viel höher. Wir haben im Moment ein historisch niedriges Zinsniveau. Wenn ich in der ersten Bonitätsklasse bei der KfW ein Darlehen erhalte, habe ich einen effektiven Darlehenszinssatz von 3,27 %. Wenn ich dann mit 80 % Fremdkapital meine Photovoltaikanlage finanziere, bekomme ich als Investor eine Eigenkapitalrendite von 30 %. Das ist der Grund, warum alle Module, die auf der Welt produziert werden, im Moment nach Deutschland kommen. Wir haben massive Renditen bei den Betreibern. Es ist vollkommen richtig, ob wir die Vergütung um 5, 10 oder 15 % absenken, PHOTON Europe GmbH sagt sogar 20 % sind möglich, ändert nichts an der Umlage, weil die Vergütung jetzt ein paar Cent rauf und runter geht. Der große Hebel ist die Tatsache, dass, wenn die Betreiberrendite nicht mehr bei 30 % Eigenkapitalrendite liegt, sondern vielleicht nur bei 15 % oder bei 10 %, dass dann der deutsche Markt aufhört, wie ein Magnet Module aus aller Welt anzusaugen, die woanders in der Welt fehlen. In der dritten Welt klagt man darüber, dass Deutschland die Module wegsaugt und dort für Krankenhäuser nicht genügend preiswerte Module zur Verfügung stehen. Sie können das bei PHOTON Europe GmbH nachlesen. Wir haben gerade eine Serie über Südamerika gemacht. Man kann dort zurzeit praktisch keine Photovoltaikanlagen bauen. Es ist vollkommen klar. Die Betreiberrendite ist der Strom für den Elektromagneten, die Module werden nach Deutschland gezogen. Wenn die Vergütungsabsenkung in der Grö-

ßenordnung von nur 5 % oder 10 %, was immer verlangt und diskutiert wird, kommt. Sie können das als Politiker machen. Die Freiheit haben Sie. Aber seien Sie sich darüber im Klaren, Deutschland ist dann der Magnet für Solarmodule. Wir werden dann 8 Gigawatt, vielleicht 10 Gigawatt Zubau bekommen. Ich möchte das nur deshalb sagen, weil ich nicht nächstes Jahr erleben möchte, dass es dann heißt, damit hat keiner gerechnet.

SV Angelika **Thomas** (IG Metall): Ich möchte nochmal die Frage in den Raum stellen, was denn die hier unstrittigen Erfolgskriterien und -faktoren des EEG gewesen sind. Man muss nochmal daran erinnern, dass das EEG stabile Rahmenbedingungen geschaffen hat. Einmal für Investitionen in den Betrieb von Anlagen und zum anderen auch für Investitionen in die Herstellung von Anlagen zur Stromerzeugung. Das hat dazu beigetragen, dass sich mit dem EEG eine leistungsstarke Industrie mit zahlreichen Arbeitsplätzen aufgebaut hat. Diese positive Gesamtentwicklung, die das EEG befördert hat, gilt es weiterzuführen und zu stärken. Ein EEG, das sich in seiner Berechnung der Vergütungssätze ausschließlich an einer Least-Cost-Strategie orientiert, gefährdet das Standbein des EEG, das in der Frage der Orientierung am Preiswettbewerb nicht außer acht gelassen werden darf. Das ist für die IG Metall eine wichtige Seite dafür gewesen, das EEG auch immer zu unterstützen, weil es auch gerade diesen industriepolitischen Förderanteil hatte und dafür gesorgt hat, dass insbesondere in strukturschwachen Regionen Ostdeutschlands ganz viel an neuer Entwicklung, auch an industrieller Entwicklung, möglich gewesen ist. Wir haben gesehen, dass bis heute etwa 7 Mrd. Euro an Investitionen in neue Produktionsanlagen getätigt worden sind. Die Branche selbst geht davon aus, dass sie auch bis 2013 weitere 10 Mrd. Euro investieren kann. Dahinter stehen Beschäftigungszahlen von heute etwa 70.000 Beschäftigten, später etwa 100.000 Beschäftigten in der Photovoltaik-Branche. Das wird allerdings, und das ist auch unsere Befürchtung, nicht funktionieren, wenn es keine verlässlichen Rahmenbedingungen für solche geplanten Ausbauinvestitionen, die heute angelegt sind, gibt. Nach einer ersten Analyse der Entwicklung 2009, ist deutlich zu sehen, dass der Beschäftigungsentwicklung der Photovoltaikbranche, vor allem in den industriellen Bereichen, nicht mehr weiter nach oben gegangen ist. Es ist zum Teil sogar Beschäftigung abgebaut worden. Man kann insgesamt für 2009 bereits von einer Stagnation sprechen, was den Beschäftigungsausbau betrifft, während es in den Jahren 2006 bis 2008 doch eine sehr deutliche Entwicklung

nach oben gegeben hat. Deswegen ist es unser Plädoyer, jetzt nicht mit einer zu schnellen und auch vor allem zu hohen Absenkung die Absatzchancen auf dem heimischen Markt zu verringern. Sie werden damit letztendlich das politische Ziel des EEG, einen starken eigenen Photovoltaikstandort zu entwickeln, gefährden. Durch Verlagerungsdruck in andere Länder und die mit dem EEG verbundenen Wachstumspotenziale verschenken wir die Zukunft. Das würden wir gerne verhindern. Deswegen schlagen wir vor, sich bei der Berechnung der Kostendegression, die auch im Markt vorhanden ist, vor allem sich an den realen Kostenentwicklungen in der Produktion zu orientieren. Die Anlagenpreise sind über das Maß hinaus gesunken, wie die Kostenentwicklung in der Produktion. Die reale Kostenentwicklung macht aus unserer Sicht eine einmalige Absenkung, die zwischen 6 % und 8 % liegt, z. B. für Kleinanlagen, möglich, also insgesamt das Plädoyer bei der einmaligen Absenkung nicht über 10 % hinauszugehen, um damit auch stabile Entwicklungen und Planungen in den Unternehmen für die Weiterentwicklung ihrer Standorte in Deutschland nicht zu gefährden.

SV Dr. Wolfgang **Seeliger** (Landesbank Baden-Württemberg): Aus unserer Sicht sollte die Kernfrage hier nicht lediglich sein, wie viel Prozent wir einkürzen, ob wir ein halbes Prozent oder ein ganzes Prozent rauf oder runter gehen. Das ist aus unserer Sicht nicht die entscheidende Frage. Bei der Photovoltaik handelt es sich um eine Schlüsseltechnologie der nächsten 50 Jahre. Die Frage ist, wollen wir diese Technologie in Deutschland haben? Wollen wir davon profitieren oder wollen wir es nicht? Wenn wir diese Frage geklärt haben, dann ist der Schritt, darüber zu reden, wie wir diese Technologie fördern oder nicht fördern, zu wie viel wir die einkürzen können oder was für Maßnahmen sonst technologiepolitisch nötig sind. Ich habe Ihnen, um Ihnen einfach eine Idee zu geben, weshalb wir von einer Schlüsseltechnologie für die Zukunft sprechen, vier Thesen mitgebracht, die ich Sie bitte, vielleicht im Hinterkopf zu behalten in der Diskussion. Die erste These ist, und das haben wir ausgerechnet in der Studie, die wir im Frühjahr 2010 gemacht haben, diese Studie ist nicht allein auf unserem Mist gewachsen und ist nicht Theorie, sondern basiert auf real existierenden Projekten, auf langen Gesprächen mit den Energieversorgern, die hier im Boot mitsitzen bei dieser ganzen Geschichte. Die erste These ist: Je früher eine Volkswirtschaft einen hohen Anteil an erneuerbaren Energien im Netz hat, desto wettbewerbsfähiger ist sie, weil langfristig gesehen die erneuerbaren Energien dazu beitragen, dass die Kosten für den Strom deut-

lich gesenkt werden. Wir sind nicht die einzigen, die das ausgerechnet haben. Auch das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) hat dies ausgerechnet. Zweiter Punkt: Freiflächenanlagen sind Billigmacher für die Photovoltaik. Sie sind notwendig und wichtig, auch auf Ackerflächen, damit die Energieversorger dort einsteigen können. Was wir vor allem ausrechnen können, wenn wir das in einem Gesamtkomplex betrachten, dass wir eine Erzeugungsparität für Photovoltaikstrom, d. h., die Kostengleichheit von erneuerbar erzeugtem Strom mit den herkömmlichen konventionellen Energiequellen für Mitte dieses Jahrzehnts erzielen können. Da stimme ich auch mit meinen Vorredner nicht ganz überein. Die erneuerbare Energie ist mittlerweile längst über den Punkt hinaus, wo wir sie isoliert betrachten können, hier die Photovoltaik dort Wind, dort die Förderung für Biomasse. Wir müssen das Ganze als Netz betrachten, als Gesamtheit. Nur dann kommen wir weiter und dann ergeben sich Kosteneffekte, die ganz anders aussehen, als der Streit über einen halben Prozentpunkt hin oder her. Dritte These: Wir können, rein theoretisch, abgesehen von Speicherproblemen, Kostenproblemen usw., rein technisch über 90 % der bundesdeutschen Stromversorgung aus Photovoltaik gewinnen, wenn wir 1 % der Landfläche belegen. Zum Vergleich: Verkehrsflächen sind heute 4,5 % in Deutschland. Vierte These: Der derzeitige Gesetzentwurf, so wie er vorgesehen ist, mit einer Absenkung um 16 %, führt dazu, dass wir eine Abwanderung dieser Schlüsseltechnologie in Billiglohnländer sehen werden. Wir werden die Abhängigkeit vom Ausland von Öl- und Gaslieferungen, von Kohlelieferungen aus dem Ausland ersetzen durch die Abhängigkeit der Lieferung von PV-Modulen, u. a. aus China. Eine kurze Bemerkung zur Wettbewerbsfähigkeit der Industrie: Wir plädieren dafür, diese einmalige Absenkung nicht auf 16 % durchzuführen, weil nach unseren Berechnungen damit die deutsche Industrie aus der Kurve fliegt. Wir stimmen zu, dass die deutsche Industrie noch sehr viel tun muss, um in diesem Bereich wettbewerbsfähig werden zu können. Sie hat hier die Führung verloren. Wenn wir aber um 16 % kürzen, nehmen wir ihr die Chance von vornherein, an diesem Wettbewerb noch teilzunehmen. Von daher treten wir dafür ein, die Absenkung für dieses Mal maßvoll ausfallen zu lassen und dann im weiteren Verlauf der Entwicklung eines Gesamtenergiekonzeptes zu schauen, wie weit man dann weiter einkürzen kann.

Vorsitzende: Das waren die Statements. Die erste Fragestellerin ist Abg. Dr. Maria **Flachsbarth** (CDU/CSU).

Abg. Dr. Maria **Flachsbarth** (CDU/CSU): Meine Frage geht an SV Prof. Eicke R. **Weber** (ISE). Ich möchte zum Verhältnis von Vergütung und Anlagenpreis fragen: Es ist so, dass wir letztendlich über die Vergütung Investitionen anreizen wollen, also Investoren interessieren wollen und nicht etwa irgendwelche Branchen fördern wollen. Das ist letztendlich das Wesen, was das EEG vertritt. Ich würde gerne Ihre Einschätzung wissen. Wenn wir das EEG 2009 anschauen, was wir 2008 miteinander auf den Weg gebracht haben, dann hatten wir da eine Situation, wo wir tatsächlich Preise hatten, die 30 % über denen liegen, die wir heute haben und wo wir zudem höhere Zinsen hatten und wo wir damals absolut der Überzeugung waren, dass das sehr gute Modalitäten für einen weiteren stürmischen Ausbau der Photovoltaik sind. Das hat sich in der Zukunft auch gezeigt: Warum soll also, wenn wir jetzt eine Preisdegression zwischen 11 % und 16 % vornehmen, der Untergang des Abendlandes eintreten? Meine zweite Frage bezieht sich auf die Unterschiede zwischen den Preisen für heimische Produkte und für Produkte, die aus dem Ausland kommen: Die sind meiner Auffassung noch da, ganz egal, welche Vergütungssätze wir hier präsentieren. Wir haben Investoren, die vor allen Dingen an der Maximierung ihrer Rendite interessiert sind, z. B. Fondsanleger, die sich mehr und mehr das Marktsegment erarbeiten. Für die hat es letztendlich keine Bedeutung, wie unsere Vergütungssätze aussehen. Die werden immer nur nach den Preisen gucken und dieser Preisunterschied zwischen nationalen und internationalen Produkten ist von uns nicht zu beeinflussen.

Abg. Marco **Bülow** (SPD): Ich habe eine Frage an SV Philippe **Welter** (PHOTON Europe GmbH). Es ist so, dass die Anlagenpreise sich ein bisschen in einer Tal- und Bergfahrt befinden. Nach dem Zusammenbruch des spanischen Marktes und des weltweiten Überangebotes sanken die Preise rapide. Wir erleben jetzt auch durch die Androhung der Vergütungskürzungen, dass die Nachfrage explodiert und damit die Preise wieder ansteigen: Bei der Berechnung der möglichen Vergütungskürzung wäre es sinnvoll, dass man immer nur auf die Marktpreisentwicklung abzielt oder wäre es nicht auch sinnvoller, mal über die Kostenbetrachtung bei den Herstellern direkt nachzudenken und andere Wege zu suchen?

Abg. Michael **Kauch** (FDP): Es ist von den meisten Sachverständigen die Degression 2010 angesprochen worden. Viel spannender finde ich die Degression 2011. Im Jahr 2010 haben wir die Aussagen des Bundesverbandes Solarwirtschaft

im Bauamtblatt „selbst nach einer zusätzlichen Kürzung der Einspeisevergütung zum Halbjahreswechsel wird Photovoltaik weiterhin eine attraktive und überdurchschnittlich rentable Geldanlage für Hausbesitzer und sicherheitsorientierte Investoren sein“. Ähnliche Äußerungen haben jetzt auf den Hauptversammlungen die Solarfirmen getätigt. SMA Solartechnology kündigt eine Umsatzrendite zwischen 20 % und 23 % an eine EBIT-Marge von 9 %, auch nach den Kürzungen. Was passiert 2011? Das Anliegen der Fraktion der FDP ist, dass man dann den Markt nicht abwürgt und dass wir keine Ausschläge nach Rouletteart haben aufgrund von atypischen Verläufen im Jahr 2010. Wir wissen nicht, wie der Schlussverkauf läuft, wir wissen nicht, wie die Delle nach der Degression läuft. Das ist die fachlich schwierigste Frage. Deshalb möchte ich SV Frank **Peter** (Prognos AG) und SV Philippe **Welter** (PHOTON Europe GmbH) fragen, wie man den Beobachtungszeitraum sinnvoll wählt, ob eine Teilung der Degression hier die Risiken von Ausschlägen nach oben und unten mindern könnte und welche Degressionsschritte Sie ggf. hierfür sinnvoll halten? Gerade bei SV Frank **Peter** (Prognos AG) hatte ich die Nachfrage. Sie hatten 6 % gesagt. In Ihrem Gutachten beziehen Sie das aber auch auf ein Ausbauszenario von 1.900. Wie sehen Sie das bei einem Ausbauszenario von 3.000, von dem wir momentan im Gesetzentwurf ausgehen?

Abg. Ralph **Lenkert** (DIE LINKE.): Meine Frage richtet sich an SV RA Alexander **Neuhäuser** (ZVEH). Mich interessiert, wie sich die Situation für die Handwerksbetriebe entwickeln würde, wenn Sie keine regionalen Produzenten mehr haben und wie dann Ihre Bezugs- und Lieferbedingungen wären und ob Sie als kleiner Handwerksbetrieb diese angekündigten Preisvorteile auch haben können und würden? Wie Sie dazu stehen, dass man eventuell diese Absenkung nicht im jährlichen Rhythmus macht, was Sie vor gewisse logistische Probleme stellt oder ob es nicht günstiger wäre, das auf zwei oder vielleicht sogar auf vier Schritte zu untergliedern? SV Dr. Aribert **Peters** (Bund der Energieverbraucher e.V.), Sie führten aus, dass die Energiekonzerne Extragewinne in den letzten drei Jahren von vier Cent erwirtschaftet haben. Wir reden hier um Steigerungen im Bereich von 0,5 Cent durch erneuerbare Energien. Haben Sie vielleicht Zahlen zu den Gewinnen der Energiekonzerne insgesamt in Ihren Renditegrößen und wie würden sich die Verbraucherpreise aus Ihrer Sicht entwickeln, wenn man über Photovoltaik und viele dezentrale Anlagen, die Monopolstellung der vier Konzerne in Deutschland brechen würde?

Abg. Bärbel **Höhn** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Meine Frage geht an SV Dr. Wolfgang **Seeliger** (Landesbank Baden-Württemberg). Sie haben gesagt, dass Photovoltaik eine Schlüsseltechnologie ist. Da muss man rein, auch als Deutschland. Wird das auch langfristig ein Produkt sein, was man in Deutschland überhaupt produzieren kann? Wir haben erlebt, dass die Textilwirtschaft abgewandert ist, dass bestimmte Produkte in einem Hochlohnland nicht erstellt werden konnten. Ist es möglich, ein solches Produkt auch langfristig in Deutschland zu produzieren? Ich habe gehört, dass China eine sehr aggressive Politik macht, bis dahin, dass die ein Förderprogramm aufgelegt haben von 10 Mrd. Euro für Kreditvergünstigungen auch für Photovoltaik-Unternehmen, um massiv den Weltmarkt zu überschwemmen. Was müssten wir machen, um dagegen ankommen zu können oder ist es einfach so, dass man fast die Segel streichen muss? Die zweite Frage geht an SV Dr. Aribert **Peters** (Bund der Energieverbraucher e.V.). Das geht insbesondere auch genau um die Frage des Wettbewerbs. SV Dr. Holger **Krawinkel** (vzbv) hat gesagt, das wäre furchtbar für die Verbraucher mit den steigenden Preisen durch die erneuerbaren Energien. Tatsächlich erleben wir aber, dass die größten Preissteigerungen mit 4 Cent durch die Oligopol-Struktur herbeigeführt wird. Wie stark müssten die erneuerbaren Energien steigen, um mehr Wettbewerb in den Markt reinzudrücken? Ist es nicht so, dass dann die vier großen Unternehmen durch ihren Anteil vielleicht an den Windparks oder durch ihren Anteil an diesen großen Anlagen auf den Freiflächen nicht doch eine starke Marktmonopolstruktur weiter halten können, um auch diesen Preis weiter hochzutreiben oder wie gestaltet sich das, wenn wir bei 100 % erneuerbaren Energien sind? Ist dann eine andere Preisstruktur da, die diese Oligopole automatisch brechen würde?

Abg. Oliver **Kaczmarek** (SPD): Meine Frage geht an SV Dr. Wolfgang **Seeliger** (Landesbank Baden-Württemberg) und SV Angelika **Thomas** (IG Metall) und bezieht sich auf die Auswirkungen der Einmalabsenkung der Vergütung. In dieser Hinsicht würde mich Ihre Einschätzung interessieren, wie diese sich auf bestehende Arbeitsplätze und auf die Standortfrage von Produktionsstätten auswirkt. SV Dr. Wolfgang **Seeliger** (Landesbank Baden-Württemberg), Sie haben an der einen oder anderen Stelle auch die Gefahr von Billig- oder Niedriglohnstandorten betont. Der Zusammenhang würde mich interessieren.

Abg. Josef **Göppel** (CDU/CSU): Meine Frage geht an SV RA Alexander **Neuhäuser** (ZVEH). Alle blicken auf die Renditepuffer bei den Herstellern. Wie steht es mit dem Kostenanteil für das Handwerk? Ich fand interessant, dass Sie auf die Automationsmöglichkeiten hingewiesen haben beim Verbrauch im Haushalt. Wie geht es weiter z. B. mit gebäudeintegrierten Anlagen, die dann auch eine gleichmäßigere Abnahme und eine Kostensenkung ermöglichen würden? Meine zweite Frage geht an SV Dr. Holger **Krawinkel** (vzbv). Sie beklagen den Kostenanstieg. Es ist so, dass der Kostenanstieg für die EEG-Umlage sich immer auf die Differenzkosten zum normalen Strompreis bezieht. Wir haben 2009 eine Senkung des durchschnittlichen Strompreises an der Strombörse in Leipzig von 2,7 Cent. Wir reden jetzt von einer Anhebung der EEG-Umlage um 0,9 Cent. Das wäre ein Drittel dessen, was an Senkung vorliegt. Welche Bemühungen der Verbraucherzentrale gibt es, um die Weitergabe dieser gesunkenen Strompreise anzumahnen von den vier großen Versorgern?

Abg. Frank **Schwabe** (SPD): Ich habe eine Frage an SV Dr. Aribert **Peters** (Bund der Energieverbraucher e.V.) und SV Dr. Holger **Krawinkel** (vzbv). Sei beide vertreten die Position der Verbraucher und kommen aber doch zu unterschiedlichen Ansichten. Wie stark ist die Notwendigkeit, das Stromversorgungssystem generell umzustellen auf erneuerbare Energien, um die Macht der großen Energieversorger ein Stückweit zu brechen? Wieweit sind Verbraucherinnen und Verbraucher bereit, diesen Umstieg und auch die möglichen vorübergehenden Mehrbelastungen zu akzeptieren? SV Dr. Aribert **Peters** (Bund der Energieverbraucher e.V.) hatte vorhin Zahlen genannt. Vielleicht können Sie das noch einmal deutlicher machen und vielleicht kann SV Dr. Holger **Krawinkel** (vzbv) auch eine Größenordnung nennen, wo Sie sagen, wie viel wäre ein Verbraucher bereit, die Umstellung des Energieversorgungssystems zu finanzieren über eine Umlage.

Abg. Klaus **Breil** (FDP): Meine Fragen gehen an SV Dr. Wolfgang **Seeliger** (Landesbank Baden-Württemberg). War es nicht seit Jahren Ziel der Unternehmen, die Auslandspräsenz bis hin zur Auslandsproduktion auszubauen, um möglichst schnell unabhängig von der exorbitanten Förderung in Deutschland zu werden? Sie wissen aus der Branchenanalyse, dass die Unternehmen noch vor einem Jahr gesagt haben, dass sie eine Erhöhung der Degression um 30 % bei Freiflächen und um 20 % bei Dachflächen verkraften können. Wenn Unternehmen nun vor der Notwendigkeit stehen, Kosten zu senken,

technischen Fortschritt zu erzielen, ist das nicht meistens temporär mit einer Reduzierung der Margen verbunden?

Abg. Dorothee **Menzner** (DIE LINKE.): Meine Fragen gehen an SV Angelika **Thomas** (IG Metall). Sie haben die Bedeutung für den Arbeitsmarkt und insgesamt der inländischen Industrie des Photovoltaik-Markt dargestellt. Wie hat sich die Debatte über die außerplanmäßige Absenkung, die sich doch eine geraume Zeit hinzieht, ausgewirkt? Was haben Sie an Rückmeldungen von Belegschaften aus Betrieben oder auch von Firmenleitungen? Müssen wir uns das so vorstellen, dass die alle ausschließlich für den inländischen Markt produzieren oder sind das doch auch Unternehmen, die mit dem Sockel inländischer Produktionen und der Erfahrung natürlich auch für den internationalen Markt produzieren und diese Erfahrung und das, was sie hier einbringen, auch exportieren werden?

Abg. Dorothea **Steiner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe eine Frage an SV Dr. Wolfgang **Seeliger** (Landesbank Baden-Württemberg) im Zusammenhang mit den Aussagen über die Wettbewerbsfähigkeit. Einerseits haben Sie als erste These formuliert, je früher eine Volkswirtschaft einen hohen Anteil an erneuerbaren Energien im Netz hat, desto wettbewerbsfähiger ist diese Volkswirtschaft, während Sie auf der anderen Seite befürchten, dass die Umsetzung des Gesetzentwurfs in seiner bisherigen Form dazu führen würde, dass Industrie in Billiglohnländer abwandern würde. Muss ich das nicht so verstehen, dass das eine extreme Schwächung, zumindest der Wettbewerbsfähigkeit der Photovoltaikindustrie, die wir aber gerade für ein zukunftsfähiges Energiekonzept brauchen, ist? Sie haben selbst darauf hingewiesen, dass wir in einem bestimmten Zeitraum mit richtigen Anstrengungen durchaus 90 % der Energieversorgung durch erneuerbare Energien erreichen könnten. Meine zweite Frage richtet sich an SV Frank **Peter** (Prognos AG). Sie haben darauf hingewiesen, dass Verbraucherinnen und Verbraucher durchaus bereit seien, in einem bestimmten Maß zu zahlen, um einen Markt für erneuerbare Energien aufzubauen und dass wir mit dem bisherigen Gesetzentwurf nach Ihrer Meinung Gefahr liefen, uns um die Früchte der bisherigen Förderung zu bringen. Sie haben für das nächste Jahr eine Zubauzahl zwischen 30 %, möglicherweise auch 40 %, prognostiziert und dann aber eine Belastung von nur 2 Cent pro Kilowattstunde genannt. Jetzt sehe ich einen Widerspruch. Wenn ich nur auf der anderen Seite die Kürzungsvorschläge, die SV Dr. Holger **Krawinkel** (vzbv) befürwortet, anschau und er

bei der Umsetzung des jetzigen Gesetzentwurfs gleich eine Reduzierung von 10 % für Verbraucherinnen und Verbraucher als möglich sieht. Den Widerspruch würde ich gern aufgelöst haben und ein Urteil von Ihnen dazu hören.

Vorsitzende: SV Dr. Holger **Krawinkel** (vzbv), Sie haben zwei Fragen, eine von Abg. Josef **Göppel** (CDU/CSU) und eine von Abg. Frank **Schwabe** (SPD).

SV Dr. Holger **Krawinkel** (vzbv): Abg. Josef **Göppel** (CDU/CSU), danke für die Gelegenheit, noch einmal deutlich zu machen, dass es dem Bundesverband Verbraucherzentrale grundsätzlich immer um niedrige Energiepreise geht. Sie werden sich erinnern, wir waren diejenigen, die sich besonders massiv in den Jahren 2004, 2005 und 2006 für eine Regulierung der Netze und für eine schnelle Umsetzung der entsprechenden EU-Richtlinie eingesetzt haben, was die Regierungen vorher versäumt hatten. Wir haben auch die Initiativen des Bundeswirtschaftsministeriums unterstützt im Hinblick auf eine Verschärfung des Kartellrechts, sowohl die letzte Kartellrechtsverschärfung als auch die, die jetzt in der Diskussion ist. Wir haben natürlich heftig kritisiert, dass gesunkene Börsenpreise aufgrund von Termingeschäften nicht an die Endkunden weitergegeben werden. Da haben wir uns sehr stark hervorgetan. Umso deutlicher muss ich auch sagen, dass eine Strompreissteigerung durch die erneuerbaren Energien von uns genauso behandelt wird. Das ist nichts Besonderes, auch wenn teilweise hier der Eindruck entsteht, dass es hier um etwas Besonderes ginge. Hier geht es auch um die Preise für die Verbraucherinnen und Verbraucher. Es ist immer die Frage, was sind die Verbraucherinnen und Verbraucher bereit zu zahlen. Die Frage stellt sich im Speckgürtel von München anders als in bestimmten Stadtteilen in Berlin, im Ruhrgebiet oder in Ostdeutschland. Da ist die Zahlungsbereitschaft deutlich geringer, falls man überhaupt von Zahlungsbereitschaft sprechen kann. Es ist fast zynisch, zu sagen, ein Hartz IV-Empfänger hätte eine gewisse Zahlungsbereitschaft für erneuerbare Energien. Da muss man sehr stark differenzieren. Wir vertreten alle Verbraucherinnen und Verbraucher, nicht nur die, die gut verdienen, denen es möglicherweise nichts ausmacht. Der nächste Punkt war die Frage nach der Umstellung des Energiesystems. Natürlich sind wir dafür auch eingetreten. Bis 2050 eine CO₂-freie Stromerzeugung ist auch unser Ziel. Allerdings bin ich mir ziemlich sicher, dass bis dahin der Preisbildungsmechanismus nicht mehr so funktioniert, wie er heute funktioniert. Wenn wir immer mehr erneuerbare Energien

auch an der Börse handeln würden, würde es bedeuten, bei etwa, nehmen wir 50 % Stromerzeugungsanteil an erneuerbaren Energien, bei denen keine Grenzkosten anfallen, dann habe ich im Prinzip einen ganzen Teil der Stromerzeugung im ersten Teil der Preisbildung der gegen Null in die Börse reinläuft und dann geht es auf einmal plötzlich hoch mit anderen fossilen Kraftwerken, Gaskraftwerken, und wenn dann im Prinzip der Börsenpreis oder der Gesamtpreis sich nur an dem letzten Gaskraftwerk orientiert, dann habe ich eine sehr teure Veranstaltung. Ich muss im Prinzip den Preisbildungsmechanismus ändern, je stärker erneuerbare Energien zum Zuge kommen, weil dort das Marginalkostenprinzip einfach nicht mehr funktioniert. Das ist ein wichtiger Punkt, der auch beachtet werden muss. Vielleicht nochmal zu den unterschiedlichen Annahmen, was die Höhe der Umlage angeht. Man muss genau sehen, von welchem Zubau gehe ich aus. Wenn ich sage, es sind nur 4.000 Megawatt dieses Jahr, das war unsere Zahl, dann könnte ich das einigermaßen begrenzen auf 3 bis 3,5 im nächsten Jahr. Dann muss aber auch 2011 relativ wenig zugebaut werden. SV Philippe **Welter** (PHOTON Europe GmbH) hat das vorhin sehr deutlich gemacht. Wenn Sie dieses Wachstum durch eine Korrektur der Einspeisevergütung nicht bremsen, dann läuft das voll durch, dann kommen wir möglicherweise 8.000, vielleicht 10.000 in diesem Jahr oder im nächsten noch einmal mehr. Dann sind wir bei einer wesentlich höheren Umlage. Die liegt dann deutlich über 5 Cent. Die geht vielleicht sogar 4 bis 5 Cent hoch. Ich kann mir vorstellen, dass das dann in bestimmten Bevölkerungsgruppen, gerade denen, die weniger Geld zur Verfügung haben, zu einem großen Problem wird. Das können Sie dann nicht mehr steuern. Deswegen ist es wichtig, nicht so sehr auf diese Einspeisevergütung selber zu gucken, sondern darauf, was damit ausgelöst wird. Das ist mein Appell, das Wachstum in vernünftige Bahnen lenken, damit wir auch den anderen Bereich, Intelligenz in die Netze, was zwingend notwendig ist, sogar Mitwachsen lassen können. Sonst kaufen wir uns in den nächsten Jahren mit teuren Modulen zu. In der Zwischenzeit gehen die Preise rasant herunter und wir schieben dann diesen Kostentopf für 20.000 Megawatt 20 Jahre lang vor uns her. Das ist das Problem.

Vorsitzende: SV Frank **Peter** (Prognos AG): SV Frank **Peter** (Prognos AG) mit der Bitte um Beantwortung der Fragen von Abg. Michael **Kauch** (FDP).

SV Frank **Peter** (Prognos AG): Wir haben für das Jahr 2011 und die Folgejahre in unserem Vor-

schlag eine Basisdegression von 6 % unterlegt. Wir gehen davon aus, dass die weltweite Modulkapazität, ein wesentlicher Indikator dafür ist, wo die Kosten hingehen. Wir haben von SV Prof. Eicke R. **Weber** (ISE) gehört, dass es Lernkurveneffekte gibt, die sich immer wieder auf die weltweit kumulierte installierte Photovoltaikleistung beziehen. Deswegen ist die weltweit installierte Leistung eigentlich für uns der maßgebliche Treiber, wo gehen die Kosten für Photovoltaik-Module auf dem Großmarkt hin, zu welchen Kosten können wir die in Deutschland einkaufen. Deswegen haben wir gesagt, das ist unsere Basis. Wir gehen davon aus, dass wir einen Zubau in Deutschland von 1.500 Megawatt, so wie es ursprünglich im Leitszenario der Leitstudie des BMU vorgesehen war, dass wir den realisieren wollen als Zielkorridor, weil das dazu beiträgt, unsere Ziele der erneuerbaren Energieversorgung in Deutschland anteilig am Stromverbrauch sicherzustellen. Deswegen haben wir diesen 1.500er-Korridor im Prinzip als Basiskorridor eingestellt, haben aber auch gesagt, wenn wir in Deutschland das Signal bekommen, dass die Photovoltaik-Produktion günstiger zu bekommen ist, in dem wir nämlich einen weitergehenden Ausbau in Deutschland haben, der dann in Stufen bis 2.500 Megawatt hochgeht, hier müssen wir dann in der Degression mit einem atmenden Deckel, so wird es hier immer bezeichnet, stärker zugreifen, weil das das Signal wiederum gibt, dass die Photovoltaik-Industrie weltweit weitere Kostenfortschritte gemacht hat, die über diese 6 % im Mittel hinausgehen. Das hat die Vergangenheit auch bestätigt, dass man die Kostenfortschritte der Photovoltaikindustrie schwer prognostizieren kann. Wenn man sagt, das ist ein Argument, was aus anderen Fraktionen immer wieder kommt, wir müssen uns an den tatsächlichen Kosten orientieren, möchte ich Ihnen noch eine Zahl nennen. Wir haben heute Informationen, dass zahlreiche internationale Hersteller, beispielsweise First Solar, Produktionskosten für Module haben, die weit unter 1.000 Euro pro Kilowatt liegen. Wir haben heute einen Modulpreis am Markt von 2.000 Euro pro Kilowatt. Diese Fabriken werden in Zukunft gebaut. Wir bauen keine Fabriken mehr mit Produktionskosten von über 1.000 Euro pro Kilowatt Photovoltaikleistung. Das müssen Sie sich vergegenwärtigen. Das ist die Welt, in die die Kosten für Module sinken wird. Wir glauben, das wird nach und nach passieren. Wir haben jetzt Vorzieheffekte gehabt. Die Kostendegression wird weitergehen. Deswegen glauben wir, dass 6 % eine vernünftige Basisdegression ist, die aber nach oben hin mit einem atmenden Deckel sich erhöhen kann, wenn der Kostenfortschritt dementsprechend schneller geht.

Vorsitzende: Ich bitte SV RA Alexander **Neuhäuser** (ZVEH) die Fragen von Abg. Ralph **Lenkert** (DIE LINKE.) und Abg. Josef **Göppel** (CDU/CSU) zu beantworten.

SV RA Alexander **Neuhäuser** (ZVEH): Zunächst gehe ich auf die Fragen von Abg. Ralph **Lenkert** (DIE LINKE.) ein. Er hatte nach der Situation der Handwerksbetriebe und den regionalen Anbietern gefragt. Es ist zunächst einmal kein Bezugs- oder Lieferproblem. Der Handel mit Modulen ist über Großhändler organisiert. Prinzipiell sind Module aller Anbieter verfügbar. Warum aber empfiehlt das Handwerk Module aus deutscher Produktion? Das hat damit zu tun, dass die Qualität dieser Module höher ist, dass die Rechtssicherheit für Abwicklungen von Garantien besser ist, dass aus unserer Sicht für den Kunden das bessere Produkt ist. Die Versicherungsfähigkeit ist auch besser. Das Handwerk hat weniger Scherereien mit Gewährleistungsfällen. Die Nachsorge für die Anlage ist wesentlich geringer. Deshalb wird zunächst immer erst einmal das Modul aus deutscher Herstellung empfohlen. Es ist natürlich immer eine Diskussion. Ich weiß nicht, wie die Kostenentwicklung geht. Jedenfalls kann ich für das Handwerk sagen, je größer die Spreizung wird zu Modulen aus dem Ausland, desto schwieriger wird die Diskussion mit dem Kunden, ihm diese Vorteile zu verdeutlichen. Das ist offensichtlich. Die Frage der Kostensituation im Handwerk verbinde ich mit der Frage von Abg. Josef **Göppel** (CDU/CSU). Danach hatten Sie beide gefragt. Wir stellen fest, dass der Markt in diesem Bereich bis 30 Kilowatt, der auch eigentlich den Löwenanteil ausmacht, peakt. Bei unseren Installateuren ist der durchrationalisiert. Es ist so, dass mittlerweile die Installateure in Teams arbeiten, d. h. es ist ein sehr hoher Spezialisierungsgrad. Die Gewerke kooperieren miteinander, um kostengünstig arbeiten zu können. Ich habe die Umfrage eingangs angesprochen. Nur noch 7 % der Installateure, die wir befragt haben, erwägen in diesem Bereich hineinzugehen. Daran lesen wir ab, dass im Grunde der Markt auch besetzt ist von den Spezialisten. Die Installationskosten in dem Bereich sind zurzeit relativ fix. Wenn zurzeit behauptet wird, die Margen erhöhen sich, dann ist es wahrscheinlich so, dass der relativ fixe Installationsanteil im Verhältnis zu den Materialkosten steigt. Das bedeutet aber nicht, dass beim Handwerk mehr hängen bleibt, sondern hier schlägt dieser Durchrationalisierungseffekt voll durch, weil der Markt im Grunde mit diesem Angebot gesättigt ist. Dann hatte Abg. Ralph **Lenkert** (DIE LINKE.) gefragt nach der Untergliederung der Degressionsschritte. Für diese Endrallye, die wir immer beobachten, wäre es vielleicht ein vernünftiger

Gedanke, das zu verteilen. Allerdings ist es so, dass das Handwerk Schwierigkeiten mit diesem Anfall von mehr Nachfrage hat, insbesondere auch im Winter. Wir plädieren dafür, einen Degressionsschritt beizubehalten, womöglich diese Degressionsrunde auch in den Sommer zu legen, damit mehr Nachfrage abgearbeitet werden kann. Das Handwerk hat immer große Schwierigkeiten mit der Verunsicherung des Marktes. Wenn sie einen Kunden beraten, dann verlangt der Kunde die Sicherheit, wann die Anlage erstellt wird, weil der nächste Degressionsschritt bevorsteht. Zum Teil führt es dazu, dass die Handwerker Garantien geben müssen, dass sie z. B. derzeit sagen, wir garantieren dir bis zum 31. Dezember fertig zu sein, anderenfalls tragen wir die Differenz der Mindereinnahmen, die du hast. Mehr Degressionsschritte würden hierzu zu mehr Verunsicherung führen. Letztendlich müssen diese Kosten, also diese Risikokosten, umgelegt werden. Wir erwarten, dass es dann zu einer Erhöhung der Preise kommen müsste, weil der Installateur das Risiko irgendwie einpreisen muss. Maximal können wir uns vorstellen, um das zu verteilen, zwei Degressionsschritte zu machen. Dann müsste man auch diese Degressionsschritte vernünftig timen. Wichtig ist auch, einen großen Vorlauf zu erreichen. Drei Monate sollte man schon haben, um Klarheit zu haben, um Projekte abwickeln zu können. Dann hatte Abg. Josef **Göppel** (CDU/CSU) nach dem Aspekt Gebäudeautomation gefragt. Das halten wir für einen sehr wichtigen Bereich. Es wird zurzeit immer über Speichertechnologie gesprochen. Speichertechnologie ist wichtig. Wir erleben auch bei dem Thema Elektromobilität, dass dieses Thema vorangetrieben wird. Wir sind hier aber noch nicht so weit. Wir sehen eigentlich die Automation des Gebäudes zunächst einmal als besseren Weg. Das hat verschiedene Gründe. Es ist zurzeit so, dass wir sagen, so ungefähr 20 % bis 30 % Eigenverbrauch lassen sich ohne Automation realisieren. Das lässt sich leicht durch Automation in die Höhe treiben, wenn Sie größere Verbraucher in Gebäude, Kühlaggregate usw. für Kühschränke steuern können, auf 50 % bis 60 %. Diese Automation, das ist auch der Grund, warum sich das noch nicht so durchgesetzt hat, ist zurzeit noch relativ teuer. Wir erwarten aber mittelfristig, dass hier die Preise für einfache Automationslösungen stark fallen werden. Letzte Woche ist die Weltleitmesse für Gebäudeautomationstechnik zu Ende gegangen. Wir haben Lösungen gesehen, wo für ca. 3.000 Euro auch im Bestand, und das ist der überwiegende Bereich, Nachrüstmöglichkeiten bestehen. Sie haben bei Automation immer den Mehraufwand für den Kunden, also eine Speichertechnologie. Da müssen sie einen Raum für haben, sie un-

terliegt dem Verschleiß, sie müssen sie anders warten.

Wir sehen bei der Automation auch andere Komfortaspekte für den Kunden, weshalb wir erwarten, dass er das eher akzeptieren wird, so etwas zu machen. Auch die Umrüstkosten, da erwarten wir, dass diese mittelfristig geringer sein werden, weil es Lösungen geben wird, binnen eines Jahres, die sich leicht umrüsten lassen. Wir reden zurzeit über „Smart Grid“ und „Smart Building“. Wir können dem Verbraucher hier vermitteln, dass er dezentral Energie erzeugt und seine eigene Energie verbraucht. Das wird das Bewusstsein, auch für die umweltpolitischen Notwendigkeiten, stark vergrößern.

Vorsitzende: Ich bitte SV Prof. Eicke R. **Weber** (ISE) zur Beantwortung von zwei Fragen von Abg. Dr. Maria Flachsbarth (CDU/CSU).

SV Prof. Eicke R. **Weber** (ISE): Ich würde gerne mit der zweiten Frage beginnen, weil das an das anschließt, was gerade SV RA Alexander **Neuhäuser** (ZVEH) ausgeführt hat. Die Frage war, wenn die ausländischen Anbieter günstiger sind, werden die Investoren nicht sowieso die ausländischen Anbieter bevorzugen, ganz egal, was der Einspeisetarif ist. SV RA Alexander **Neuhäuser** (ZVEH) hat gerade sehr überzeugend geschildert, wie draußen die Situation ist. Das Handwerk, wie aber auch die Investoren, bevorzugen die Produkte aus Deutschland aus allen Gründen, die SV RA Alexander **Neuhäuser** (ZVEH) geschildert hat. Garantie: Man weiß besser, an wen man sich zu halten und usw. Solange es möglich ist, auch mit den etwas teuren deutschen Produkten eine gesunde Rendite im Bereich 6 % bis 8 % zu erzielen, wird diese Situation so bleiben. Wir können damit rechnen, dass auch die deutschen Solarprodukte am Markt konkurrenzfähig bleiben, was natürlich permanenter Kostendruck und Innovation benötigt, um die Preise konstant zu senken. Wenn wir mit einer zu starken Degression zu einem Zustand kommen, dass mit den etwas teuren deutschen Produkten eine vernünftige Rendite nicht mehr erzielbar ist, dann treiben wir die Leute entweder aus der Photovoltaik heraus oder aber in die Arme der Produzenten, die dann auch zu diesem günstigen Preis noch anbieten. Die Preise, die SV Frank **Peter** (Prognos AG) für die Dünnschichtanlagen genannt hat, sind eigentlich für die Dachflächen nicht interessant, weil das Module von sehr geringer Effizienz sind. Die sind interessant für große Freiflächen, wo auch der Einspeisetarif deutlich geringer ist und dort rechnet es sich. Dachflächen sind von ihrer Fläche begrenzt. Das heißt, wenn man Dünnschichtmodule auf das Dach nimmt, hat man statt 5 Kilowatt nur 3 Kilowatt und kann damit entsprechend sein Geld investieren. Die erste Frage war, wenn die Preise so stark gesunken sind im Zuge der Wirtschaftskrise in den letzten zwei Jahren, dann sollte doch auch die Vergütung entsprechend sinken. Da bin ich völlig dabei. Natürlich ist das der Fall. Sie hatten als Referenzjahr 2008 genannt. Wir sollten nicht vergessen, am 1. Januar 2009 hatten wir etwa 8 % Degression, ist natürlich differenziert nach Größe, am 1. Januar 2010 hatten wir 10 % Degression, am 1. Januar 2011 sehen wir sicherlich etwas in der Gegend von 10 % ins Auge. Wenn wir jetzt zum 1. Juli 2010 die von uns vorgeschlagenen 10 % als zusätzliche Degression machen, haben wir innerhalb von einem 12-Monats-Zeitraum dreimal 10 %-ige Degressionsschritte, d. h. eine etwa 28 %-ige Absenkung. Das ist der Grund, warum wir sagen, damit sind wir genau wieder auf der alten Lernkurve, von der die Preise abgewichen waren im Zuge des überhitzten Marktes 2006/2007. Deswegen ist es auch so interessant, in der Zukunft die Diskussion nicht auszurichten an dem billigsten Anbieter, wie das in einigen der anderen Studien gewesen ist, sondern auszurichten am durchschnittlichen Marktpreis, und der wird sehr gut und auch wissenschaftlich gut voraussehbar durch die Lernkurve abgebildet. Deswegen ist es nicht verwunderlich, dass das Kabinett in Baden-Württemberg ausdrücklich die Ergebnisse unserer Studie aus Freiburg begrüßt und angenommen hat. Der Bundesratsbeschluss geht auch in die selbe Richtung. Es ist sehr viel besser, diese Zahlen nicht als Zahlen aus der Luft zu nehmen, sondern auf solide Prognosen und solide Zahlen zurückzugreifen. Da kommen wir zu dem Schluss, 10 % für Großanlagen, 6 % für kleine Anlagen wären absolut im Rahmen, um eine konstante vernünftige Rendite zu ermöglichen.

Vorsitzende: Ich bitte SV Dr. Aribert **Peters** (Bund der Energieverbraucher e.V.) die Fragen von Abg. Ralph **Lenkert** (DIE LINKE.), Abg. Bärbel **Höhn** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Abg. Frank **Schwabe** (SPD) und Abg. Dorothea **Steiner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zu beantworten.

SV Dr. Aribert **Peters** (Bund der Energieverbraucher e.V.): Es war gefragt, inwiefern der Ausbau der erneuerbaren Energien dadurch zu Preissenkungen führt, dass die Monopolsituation im Stromerzeugungsbereich gebrochen wird. Natürlich ist das auch ein Effekt, dem wir preisenkende Wirkung zuschreiben. Wir beobachten allerdings auch, dass die Stromkonzer-

ne/Stromerzeuger ihrerseits sehr stark in erneuerbare Energien investieren. Es gibt eine Zahl, wo etwa die Hälfte der Investitionen in erneuerbare Energien von Stromerzeugern getätigt werden. Wir finden das im Prinzip richtig und gut, dass hier die Chancen erkannt werden und dass hier etwas in eine auf die Zukunft gerichtete Energieversorgung investiert wird. Allerdings strukturell hätten wir es lieber, wenn mehr Kleininvestoren beteiligt wären. Wir haben alleine im Photovoltaik-Anlagenbereich etwa 500.000 einzelne Anlagen. Da sind nicht diese vier Konzerne, die 85 % der Stromerzeugung in den Händen haben, sondern das sind eine halbe Million unterschiedliche Anlagen, von denen ich annehme, dass sie zu einem Großteil auch unterschiedlichen Leuten gehören. Schon heute sind erneuerbare Energien zu einer dezentralen Volksenergie geworden. Wir müssen das im Auge behalten und auch den zusätzlichen Effekt berücksichtigen, dass, wenn jemand seinen Strom selber erzeugt, dann ist er nicht darauf angewiesen, eventuell überkauften Strom an der Börse einzukaufen. Damit ist natürlich auch der Missbrauch der Marktmacht durch die großen Stromkonzerne, die uns durch die Liberalisierung des Energiemarktes nicht vollständig gelungen ist, nochmal begrenzt. Auch das ist ein deutlich preissenkender Effekt. Dieser tritt allerdings nur ein, wenn es uns gelingt, die Produktionskosten tatsächlich auf ein marktgängiges Niveau herunter zu bringen. Darum geht die Diskussion, dass wir hier die weitere Kostensenkung dadurch ermöglichen, dass wir noch weiterhin als Verbraucher investieren. Da gibt es unterschiedliche Einschätzungen von der Verbraucherseite. Die unterschiedlichen Einschätzungen liegen zum einen im Zahlengerüst. Wir haben damit gerechnet, dass wir nach 2008 2,8 Gigawatt, im Jahr 2009 3,8 Gigawatt bekommen. Mit diesen 3,8 Gigawatt wurde schon ein erheblicher Zubaueffekt vorgezogen, der dann 2010 fehlen würde. In 2010 hat man nur mit 4,6 Gigawatt gerechnet. Wenn Sie statt 4,6 mit 8 Gigawatt rechnen, dann ist das gegenüber den 2,8 Gigawatt im Jahr 2008 eine ganz andere Dimension. Ich halte das für eine Horrorvision. Das sind Zahlen, die lassen sich durch nichts belegen. Das sind gegriffene Zahlen, einfach um Angst zu erzeugen und das finde ich nicht richtig, dass man so argumentiert. Ich finde, wir müssen vorsichtig sein. Wir dürfen hier das Kind nicht mit dem Bade ausschütten. Eine zweite unterschiedliche Einschätzung ist natürlich, dass für uns Photovoltaik und die erneuerbaren Energien sehr wohl was Besonderes sind. Für den Bund der Energieverbraucher und die von mir vertretenden Verbraucher ist es ein Unterschied, ob wir 2 Cent mehr für eine zukunftsgerichtete, umweltfreundliche Energieversorgung zahlen oder 2 Cent mehr, weil der Versorger uns das

aufgedrückt hat. 70 % der Verbraucher sind der Meinung, dass sie gerne auch für Erneuerbare mehr zahlen würden. Das ist auch in dieser Befragung beziffert worden mit 6 bis 7 % und das entspricht 0,2 Cent. Diese 0,2 Cent wären das, was wir für akzeptabel halten. Das ist auch der Betrag, der auch auf uns zu kommen würde, wenn die Vergütung nicht so stark abgesenkt würde, wie Sie das im Gesetzentwurf vorsehen. Es gibt natürlich auch noch eine Reihe von kleineren Unterschieden in der Bewertung, wo sich allerdings auch nur ablesen lässt, wie man die Sache anschaut, wie die Jahreserträge, die Netzstabilität. All dies sind Probleme, die uns herausfordern, die wir lösen wollen. Ich bin dagegen, dass man hier einfach Angst macht vor erneuerbaren Energien. Erneuerbare Energien sind unsere Chance und sind unsere Zukunft.

Vorsitzende: Danke schön. Ich bitte SV Philippe **Welter** (PHOTON Europe GmbH) auf die Fragen von Abg. Michael **Kauch** (FDP) und Abg. Marco **Bülow** (SPD) zu antworten.

SV Philippe **Welter** (PHOTON Europe GmbH): Ich fange mit Abg. Marco **Bülow** (SPD) an. Die Frage war, soll man auf die aktuellen Preise schauen, die natürlich immer vom Markt abhängig sind? Das ist vollkommen richtig. Wir haben derzeit wieder einen leichten Preisanstieg. Das beobachten wir auch, wenn man mit Installateuren spricht. Die sagen, bis Mitte des Jahres sind die Auftragsbücher voll. Wir haben in der Redaktionssprechstunde verzweifelnde Leute, die anrufen und sagen, ich will noch eine Anlage bauen, bekomme aber keinen Installateur mehr. Ich habe hier so ein komisches Angebot, soll ich das machen? Da raten wir von ab. Es sind schwarze Schafe unterwegs. Das ist einfach der Effekt. Jetzt wird bis Mitte des Jahres durchgebaut werden. Die Preise steigen, ohne dass die Kosten in dieser Zeit gestiegen wären. Das ist vollkommen klar. Wenn man versucht, die Frage zu beantworten, können wir nicht auf eine bessere wissenschaftliche Grundlage kommen, wenn wir anstatt die Preise zu beobachten, die Kosten beobachten? Wirklich in die Firmen reingehen, Kostenstrukturen anschauen, analysieren, das kann man machen und das ist ein guter Vorschlag. Das macht PHOTON Europe GmbH seit fünf Jahren. Wir haben eine eigene Consultingabteilung aus diesem Zweck gegründet, die nichts anderes macht und jedes Jahr eine dicke Studie herausgibt, wie die Kostenstrukturen in der Industrie sind. Interessanterweise wird diese Studie nie von der Politik gekauft, sondern immer von den Konkurrenten, die wissen wollen, wie ihre Konkurrenten in der Kostenstruktur laufen. Wenn man das machen

würde, würde man natürlich noch eine Sache zusätzlich sehen, die man heute, wo man auch im Moment nur auf die Preise schaut, nicht sieht, dass nämlich auch in den aktuellen Preisen immer noch Luft ist. Wir haben nach wie vor in Deutschland Hersteller, die mit 20 % bis 30 % Umsatzrendite arbeiten. Das entspricht in etwa 100 % Kapitalrendite. Insofern mache ich mir auch weniger Sorgen. Wenn eine Degression von 20% stattfindet, bedeutet das nicht den Untergang des Abendlandes. Es gibt in Deutschland gut aufgestellte Firmen. Das sind einmal die vertikal integrierten, die in der gesamten Wertschöpfungskette alles machen, die haben Marge genug. Dann haben wir die Firmen, die Skalen- und Verbundunternehmen sind, wie z.B. die Fa. Wacker, die nicht nur in Silizium machen, sondern auch alle Produkte rundherum, auch die können trotzdem mithalten. Ich habe mich am Wochenende noch mit einem Manager einer sehr kleinen deutschen Firma unterhalten, wo man sagen würde, die haben doch hier in Deutschland überhaupt keine Chance mit ihrer Winzproduktion. Auch die produzieren im Moment im Grunde für 1,10 Euro pro Watt in Deutschland. Allerdings mit einer einzigartigen Technologie. Die sind die absoluten Führer, wenn es darum geht, wenig Silizium mit 5 Gramm pro Watt einzusetzen, sind die weltweit vor allen Wettbewerbern, weil sie eine einzigartige Technologie haben. Das kann man sich alles anschauen. Dann kommt man dahin, dass im Zweifelsfall auch mehr als 20 % Degression machbar sind. Aber das heißt auch, dass einzelne Unternehmen, die in der Kostenstruktur nicht so gut dastehen, auch aus dem System herausfallen. Jetzt kann man immer argumentieren, dass das EEG nicht dafür gemacht worden ist, um Wettbewerb zu schaffen. Das würde ich sofort unterschreiben. Beim gesunden Wettbewerb wird es immer Gewinner und Verlierer geben. Selbst wenn es bedeutet, dass eine starke Degression nicht von allen Firmen in Deutschland geschafft werden wird, heißt es nicht, dass beispielsweise in der Summe Arbeitsplätze verloren gehen. Was hier gar nicht angesprochen worden ist, ist die Tatsache, dass Deutschland absolut führend beim Anlagen- und Maschinenbau im Bereich Produktionsequipment ist. Wenn ich mir Firmen wie Centrotherm photovoltaics, Singulus Technologies AG, Roth & Rau AG, anschau, da arbeiten mehr Leute, als in der Zell- und Modulfertigung. Dieser Bereich bietet weltweite Exportschlager. Ich habe mir gerade eine Produktion eines chinesischen Herstellers angeschaut: Plan von einer deutschen Ingenieurfirma und Equipment von Centrotherm photovoltaics. Das Ganze ist mit deutschem oder mit schweizerischem Kapital finanziert worden. Da kann ich kein Problem erkennen. Demzufolge kann man auf die Kos-

tenstruktur runterbrechen. Ist wissenschaftlich mit Sicherheit die saubere Methode, aber auch definitiv aufwändiger und mehr Arbeit. Zu der Frage von Abg. Michael **Kauch** (FDP) zum Beobachtungszeitraum für die Degression und dem atmenden Deckel. Es ist wirklich eine schwierige Sache, weil man jetzt alle möglichen Effekte hat. Wir haben ausgebuchte Handwerker bis Mitte des Jahres. Da wird sehr viel gebaut werden. Wenn ich mir die Zahlen zum Ende des Jahres 2009 anschau, scheint mir der Beweis erbracht worden zu sein. Wir haben in einem halben Jahr mindestens 4 Gigawatt zugebaut. Wir haben offensichtlich eine Installationskapazität von 4 Gigawatt pro Halbjahr. Warum das dann nicht 8 Gigawatt im ganzen Jahr sein sollen, erschließt sich mir nicht. Module gibt es offensichtlich auch genug. Die einzige Sorge könnte sein, wir haben nach dem Degressionsschritt einen Einbruch. Den werden wir mit Sicherheit haben. Wir werden eine neue Preisfindungsphase haben. Die wird aber nicht mehr so lange dauern, wie die im Jahr 2009. Da sind wir von einem sehr hohen Preisniveau auf ein sehr niedriges gefallen. Das hat sechs Monate gedauert. Jetzt sind wir schon nah an den Kosten. Ich rechne mit einem Monat Preisfindungsphase, und dann geht es noch mal drei bis vier Monate richtig in den Zubau rein. Aber zu der Frage, wie man jetzt den Beobachtungszeitraum setzen muss, damit man für die nächsten Degressionsschritte im atmenden Deckel den richtigen Wert ermittelt, muss ich sagen, man muss eigentlich immer ein Jahr betrachten. Natürlich haben wir dann Phasen auch mit hohem Zubau in diesem Jahr. Aber das ist auch Ausdruck des Wachstums und der Kostensenkung. Das muss da einfach mit rein. Wobei ich allerdings auch warnen möchte an der Stelle. So, wie das jetzt gestrickt ist, kann es zu einem Schweinezyklus führen, weil das potenziell dazu führt, dass wir einen sehr großen Degressionsschritt von bis zu 18 % in 2011 bekommen. Das kann dann schon zu einer sehr langen Preisfindungsphase führen, vielleicht sogar die Rendite soweit nach unten treiben, dass tatsächlich der Zubau in Deutschland sehr stark sinkt mit massiven Auswirkungen für das Handwerk. Das muss man natürlich auch mal sehen. 4 Gigawatt Zubau binden 20.000 Arbeitsplätze im Handwerk. Wenn wir dann wieder runtergehen auf 2 Gigawatt, dann werden Leute wieder arbeitslos. Deswegen sagen wir „fixer Cut“ und eine 10 % prozentige Absenkung im Jahr. Das ist die Lernkurve der letzten 20 Jahre. Das kann man historisch nachweisen. Aber jetzt auch vorher mutig den Schritt machen, diese Kosten rauszunehmen.

Vorsitzende: Ich bitte SV Angelika **Thomas** (IG Metall) die Fragen von Abg. Oliver **Kaczmarek**

(SPD) und Abg. Dorothee **Menzner** (DIE LINKE.) zu beantworten.

SV Angelika **Thomas** (IG Metall): Die Frage betraf auch die Auswirkungen auf Arbeitsplätze. Ich kann anknüpfen an das, was meine beiden Vorredner gesagt haben. Der erste Teil der Antwort ist gerade genannt worden. Wenn wir auch von solchen Zubausprüngen in Zukunft ausgehen müssen, die zwischen 4.000 und 2.000 liegen können, dann bedeutet das entsprechend auch Beschäftigungsrückgänge im Handwerk. Der Bereich der handwerklichen Installation macht bezogen auf die Beschäftigten in der Photovoltaikindustrie ein gutes Viertel aus. Das ist eine gravierende Auswirkung. Im Bereich der industriellen Beschäftigung haben wir zwischen 2006 und 2008 praktisch eine Verdoppelung der Beschäftigungszahlen gehabt. Diese stagnierte 2009. Das kann man auch runterbrechen auf ganz konkrete Erfahrungen in den einzelnen Betrieben. Sie haben es auch mitbekommen, dass Beschäftigte aus den Standorten der Photovoltaikunternehmen in Berlin waren, um ihre Interessen auch noch mal deutlich zu machen, auch die Befürchtungen, die es tatsächlich gibt, die sich in konkreten Veränderungen der Einstellungspolitik in den Unternehmen zeigen oder sich darin niederschlagen, dass es mittlerweile Standard ist, befristet oder in Leiharbeit einzustellen. Das sind alles auch Anzeichen dafür, dass sich tatsächlich die Perspektive in den Unternehmen verändert. Natürlich orientiert an der Frage, wie denn die Rahmenbedingungen in Deutschland künftig gestaltet werden. Zum zweiten Teil der Frage: Man kann natürlich davon ausgehen, dass die Photovoltaik insgesamt ein hohes Ausbauziel hat, dass erwartet wird, dass viel an Kapazität dazu kommen kann und das jetzt auch die Hebel dafür gestellt werden. SV Dr. Wolfgang **Seeliger** (Landesbank Baden-Württemberg) hat auch ausgeführt, wie weit es uns gelingt, den Anteil dieses neuen Wachstumsmarktes in Deutschland zu entwickeln. Da geht es immer noch um Entwicklung. Zur Frage der Konkurrenz mit den Auslandsmärkten: Natürlich ist es so und ich glaube, dass das in der letzten Zeit auch zu beobachten war, die Konkurrenz entsteht nicht durch das Equipment. Wir haben es gerade gehört, das Equipment kommt aus Deutschland. Die produzieren mit der gleichen Technik, wie wir in Deutschland produzieren. Das ist nicht der Grund, warum es da zu solchen Preisunterschieden kommt, sondern es ist auch deutlich geworden, gerade im letzten Jahr, dass natürlich in den asiatischen Ländern Förderpolitik gemacht wird. Nur mit anderen Mitteln als bei uns. Die machen Förderpolitik z. B. über Finanzierungsmöglichkeiten, wo sehr viel Geld für ver-

besserte Voraussetzungen in den asiatischen Ländern ausgegeben wird. Wir haben bisher das Instrument des EEG genutzt. Insofern sollten wir mit unserem Instrument auch so umgehen, dass wir die Förderung der zukunftsträchtigen Industrie in Deutschland absichern können. Das hat auch was damit zu tun, wie man denn solche Technologiefortschritte in Zukunft erreichen kann. Ich finde, es bringt nicht so viel, sich die Technologievorreiter zum Vorbild zu nehmen für die Preisentwicklungspolitik, die jetzt die Grundlage für die aktuelle Berechnung der Degressionssätze sind. Es gibt immer Vorreiter, die schon weiter sind als andere. Wenn man eine Entwicklung hinkriegen will, dann muss man die Mehrheit mitnehmen. Natürlich kann es sein, dass die, die es verschlafen, irgendwann von der Platte fallen. Das will ich jetzt gar nicht in Abrede stellen. Aber man muss die Mehrheit mitnehmen. Die Technologieführerschaft auch der deutschen Produktion hatte natürlich auch viel damit zu tun, dass wir z. B. die gesamte Wertschöpfungskette der Photovoltaik in Deutschland konzentrieren und verbinden konnten mit einer ganzen Menge an Forschungs- und Investitionspolitik, an Clustern, die da entstanden sind. Von Anfang an durchaus auch mit Input aus traditionellen Industriestrukturen, also sich aus klassischen Industriestandorten zu entwickeln in eine neue Industrie, unterstützt auch vom deutschen Maschinen- und Anlagenbau. Sich so eine Gesamtheit in Deutschland zu erhalten, ist die Chance, die deutsche Produzenten brauchen, um den Standort Deutschland wettbewerbsfähig zu erhalten. Bosch, um jetzt das Beispiel Thüringen zu nehmen, investiert im Moment in den Standort Abstatt über 500 Mio. Euro. Die würden das nicht tun, wenn sie nicht davon ausgehen würden, dass der Standort Deutschland wettbewerbsfähig produzieren kann. Aber sie brauchen natürlich auch verlässliche Entwicklungsschritte, die es ihnen ermöglichen, ihre Investitionspläne an diesem technologischen Fortschritt auszurichten, der dann auch irgendwann zu 1.000 Euro Modulpreis in Deutschland führen wird.

Vorsitzende: Ich bitte SV Dr. Wolfgang **Seeliger** (Landesbank Baden-Württemberg) die Fragen von Abg. Bärbel **Höhn** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Abg. Oliver **Kaczmarek** (SPD), Abg. Klaus **Breil** (FDP) und Abg. Dorothea **Steiner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zu beantworten.

SV Dr. Wolfgang **Seeliger** (Landesbank Baden-Württemberg): Ich versuche, mit der Produktionsseite anzufangen. Ist das überhaupt in Deutschland langfristig produzierbar? Das ist in der Tat die im Augenblick am meisten und am

heißesten diskutierte Frage. Wenn wir mal andersherum anfangen: Wenn wir jetzt zu viel kürzen, werden wir es nie wissen, weil es dann nicht passieren wird, dann wird die Industrie nicht die Zeit und die Chance haben, sich anzupassen. Die Industrie braucht Zeit. Natürlich hat die Industrie in der Vergangenheit massive Fehler gemacht. Sie hat ihr geistiges Eigentum, das hier über 20 Jahre hinweg mit deutschen Steuergeldern entwickelt worden ist, nicht ausreichend geschützt. Das ist abgewandert. Jetzt gilt es, den nächsten Entwicklungsschritt zu machen. Dafür braucht die Industrie Zeit. Wir haben uns so ein kleines Pflänzchen herangezogen. Wenn wir jetzt mit einem großen Stiefel drauftreten, dann werden wir nie erfahren, ob es ein großer Baum werden kann oder nicht. Wir haben als Bank eine ganze Menge technische und produktionstechnische Expertisen im Haus. Wir haben ein Kostenmodell entwickelt, mit dem wir sehr weit in die Produktionsstrukturen von Unternehmen reinschauen und die Kosten von unten nach oben berechnen können. Ich sage mal ganz unbescheiden, außerhalb der Industrie selber, haben wir wahrscheinlich damit auch das genaueste Kostenmodell. Wir können sehr deutlich unterscheiden zwischen chinesischen Unternehmen und der Kostenstruktur europäischer Unternehmen. Wir werden auch in Zukunft weiterhin das Problem haben, dass die Arbeitskosten eine sehr große Rolle spielen werden. Das Modell, was wir zurzeit favorisieren ist, dass zunächst mal hiesige deutsche Unternehmen die Schlüsseltechnologie, das Know-how weiter in der Hand behalten und Leitproduktionen aufmachen. Das ist ein Modell, wie es Bosch beispielsweise heute in der Automobilzulieferindustrie und im Halbleiterbereich anwendet. Es wird eine Pilotproduktion aufgebaut, weil hier Arbeitskräfte und qualifizierte Ingenieure sind. Sobald das Verfahren läuft, wird das ins Ausland verlagert, dann in der Tat an Billigstandorte. Aber wir haben Zugriff auf die Technologie. Wir nehmen an dem Fortschritt teil und wir nehmen an den Margen teil, die damit gemacht werden. Wir müssen nach meiner Ansicht sicherstellen, dass das für die Photovoltaik auch ermöglicht wird. Und darum geht es zunächst mal. Zum Thema Förderkredite Chinas: Das geisterte gerade durch die Presse mit diesen 10 Mrd. Euro Krediten. Das ist nicht das erste Mal, dass wir das hören. Das ist ein zweites wichtiges Förderinstrument, was die ostasiatischen Unternehmen unterstützt. Ich habe vor einiger Zeit mit einem Maschinenzulieferer aus der Photovoltaikindustrie gesprochen. Er hat gesagt, ein Chinese sei auf ihn zugekommen, der gesagt habe, dass ihm seine Bank eine Kreditlinie über 3 Mrd. US-Dollar gewährt habe. Er solle was in der Photovoltaik damit machen. 3 Mrd. US-Dollar, versuchen Sie mal, das auszugeben. Das läuft zu Konditionen,

die sind auch bei dem heutigen niedrigen Zinsniveau hier absolut nicht reproduzierbar. Das sind Zinsen von um die 2 % oder etwas darüber. Das ist natürlich eine massive Förderung, wenn wir dann hier über ein Paket sprechen um die 100 Mio. Euro über die nächsten vier Jahre, wo die Industrie dann selber noch mal eine halbe Mrd. Euro investiert, ist das ein Witz dagegen. Was wir machen müssen ist einerseits einen Zeitrahmen schaffen. Aktuell in diesem Sommer sollte man maßvoll kürzen, weil wir im Januar die nächste Kürzung haben werden. Ich glaube, wir könnten jetzt vielleicht 15 % kürzen, aber wir kriegen noch eine Kürzung zum nächsten Jahresanfang und die wird nicht 9 % sein, sondern die wird unserer Ansicht nach deutlich höher sein. Das ist für die Industrie dann nicht mehr verkraftbar. Wofür ich plädiere ist, jetzt maßvoll zu kürzen. Anfang 2012 wird das EEG sowieso wieder neu überarbeitet. Bis dahin haben wir Zeit zu beobachten, was passiert. Was ganz wichtig ist, dass wir in der Lage sind, die Photovoltaik nicht mehr isoliert zu betrachten, sondern in ein Gesamtkonzept einzubinden. Jetzt komme ich zu dem Thema Strompreise der Frage von Abg. Dorothea **Steiner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Das ist auch, was SV Dr. Holger **Krawinkel** (vzbv) als Beispiel genannt hat. An bestimmten Tagen haben wir an der EEX einen riesigen Stromüberschuss. Der Strom hat negative Preise, d. h. ein Versorger, der jetzt auf Strom sitzt, muss Geld dazu schießen, damit er den los wird. Gleichzeitig fördern wir den Windstrom mit dem Einspeisetarif. Das ist natürlich Schwachsinn. Aber woher kommt das eigentlich? Das kommt dadurch, dass wir im Netz eine hohe Grundlast laufen haben. Erneuerbare Energien funktionieren nur, wenn wir flexible, konventionelle Kapazitäten dazu- und wegschalten. Das können wir machen. Das ist technisch überhaupt gar kein Problem. Was das Erstaunlichste ist, und das sagen auch die Versorger, die flexibelste Stromerzeugung, die wir haben, sind die Kernkraftwerke. Mit denen kann man am schnellsten Zu- und Abschalten. Warum wird das nicht gemacht? Der Grund ist der, weil die Versorger mit den billigen variablen Kosten der Kernkraftwerke ihre Gesamtkosten decken müssen. Das funktioniert wiederum aber nicht, wenn wir zunehmend erneuerbare Energien ins Netz kriegen, weil die mit Hilfe des Merit-Order-Effekts die Kosten bzw. die an der EEX erzielbaren Preise, senken. Das ganze System funktioniert nicht mehr auf der Basis, wie wir bisher gedacht haben. Die erneuerbaren Energien mit 16 % Erzeugung im Netz funktionieren einfach nicht mehr zusammen mit den klassischen Netzen. Das gesamte Netz muss überarbeitet werden. Das Energiekonzept, das im Sommer ansteht, gibt die Chance, das zu ändern, das anzugreifen.

Vorsitzende: Die Diskussion ist und bleibt spannend. Wir haben viele Fragen. Wir werden wahrscheinlich nicht alles beantworten können. Wir kommen jetzt in den zweiten Block. Da müssen wir jetzt schauen, wer noch fehlt. Wir schaffen es leider nicht, in zwei Stunden alles abzuhandeln. Noch mal mein Appell, sich kürzer zu fassen. Wir kommen jetzt zum zweiten Block „Freiflächen und Ackerflächen“ und zu den heiß umstrittenen Themen „Eigenverbrauch, Vertrauensschutz und Angemessenheit von Fristen“ Die erste Fragenden sind Abg. Dr. Maria **Flachsbarth** (CDU/CSU), Abg. Dr. Bärbel **Kofler** (SPD), Abg. Michael **Kauch** (FDP), Abg. Sabine **Stüber** (DIE LINKE.) und Abg. Bärbel **Höhn** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN).

Abg. Dr. Maria **Flachsbarth** (CDU/CSU): Ich hätte eine Frage zum Eigenverbrauch, und zwar an SV RA Alexander **Neuhäuser** (ZVEH) und SV Philippe **Welter** (PHOTON Europe GmbH). Das, was ich höre ist, dass der Eigenverbrauch, der im Moment möglich ist, zwischen 15 % und 30 % beträgt. Ich möchte wissen, welche Speicher im Moment schon zur Verfügung stehen? Welche Anreize ihrer Meinung nach notwendig sind, damit mehr Speicher entwickelt oder auch installiert werden können. Ich möchte von Ihnen wissen, welche Kosten zu erwarten sind, insbesondere auch rekurrierend auf den Anteil des eigenverbrauchten Stroms, und perspektivisch weiter, welches Stromvolumen bis Dezember 2011 zu erwarten sein wird?

Abg. Dr. Bärbel **Kofler** (SPD): Eine Frage zum Thema Freiflächenanlagen und Freiflächenmarkt an SV Dr. Wolfgang **Seeliger** (Landesbank Baden-Württemberg) und SV Prof. Eicke R. **Weber** (ISE). Sie betonen in Ihren Stellungnahmen die Bedeutung des Freiflächenmarktes. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, würde ein Ausschluss von Ackerflächen aus der EEG-Vergütung zu einem Zusammenbruch dieses Marktes führen. Welche Auswirkungen hat das auf die deutsche Solarindustrie im Ganzen und auf die Ausbauziele der Bundesregierung? Sehen Sie darin auch einen Einschnitt in die Planungsfreiheit der Kommunen?

Abg. Michael **Kauch** (FDP): Ich habe zwei Fragen an SV Philippe **Welter** (PHOTON Europe GmbH). Die eine betrifft die Ackerflächen. Hier hätte ich gern von Ihnen eine Einschätzung, ob die These der Flächenkonkurrenz mit den entsprechenden Auswirkungen auf die Pachtpreise aus Ihrer Sicht eine zielführende Argumentation ist. Ich hätte außerdem gern eine Einschätzung zum Thema Eigenverbrauch. Inwieweit es ein möglicher Weg ist, Mitnahmeeffekte dadurch zu vermeiden, dass man nur den Eigenver-

brauchsstrom höher vergütet, der über dem Status Quo liegt? Etwa 30 % Eigenverbrauch scheint ohne irgendwelche Verhaltensänderungen möglich zu sein. Ob es technisch und wirtschaftlich möglich ist, hier zu differenzieren und über dem Sockel höher zu vergüten?

Abg. Sabine **Stüber** (DIE LINKE.): Ich habe eine Frage an SV Prof. Eicke R. **Weber** (ISE). Um die Nutzungskonkurrenz von Freiflächenanlagen mit anderen Nutzungen zu minimieren, schlagen Sie die Erarbeitung einer Richtlinie bzw. eines Leitfadens unter Beteiligung von Vertretern der Landwirtschaft, des Naturschutzes, lokaler und regionaler Planungsbehörden und der Photovoltaikindustrie vor. Uns würde heute interessieren, wie Sie sich die Ausgestaltung eines solchen Regelwerkes für die Förderung von Freiflächenanlagen vorstellen, gerade um die Nutzung hochwertiger und ertragsreicher Ackerflächen zu vermeiden, aber auch um den Ansprüchen des Naturschutzes zu genügen. Was halten Sie von der Forderung des Naturschutzbundes Deutschlands (NABU) nach einer Positivisten von Standorten für Freiflächenanlagen im EEG?

Abg. Bärbel **Höhn** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe eine Frage an SV Dr. Wolfgang **Seeliger** (Landesbank Baden-Württemberg). Sie sind sehr stark in Ihrem Statement auf Freiflächen eingegangen und haben gesagt, dass wir mit 1 % unserer Landfläche 90 % unseres Strombedarfs decken könnten. Sie haben aber auch deutlich gemacht, dass man ganz auf Äcker offensichtlich nicht verzichten kann, weil von den Kommissionsflächen oder Flächen an den Autobahnen zu wenig zur Verfügung stehen. Ich würde Sie bitten, dass Sie auf diesen Punkt noch mal eingehen, denn natürlich gibt es auch Nutzungskonflikte. Sie haben dargestellt, dass für Pflanzen, die zu Energie verarbeitet werden, ein viel höherer Anteil an Fläche benötigt wird, als für Photovoltaik. Aber wie stark müsste man Konversionsflächen oder Flächen an Autobahnen fördern, um zu einem Gleichklang mit den Ackerflächen zu kommen? Ich habe eine Frage an SV Prof. Eicke R. **Weber** (ISE). Es geht insbesondere um den Eigenverbrauch. Es ist so, dass wir durch eine vernünftige Steuerung des Eigenverbrauchs einiges machen können, um die sehr teuren Speicher etwas zu entlasten: Wie kriegen wir ein optimales Verhältnis der Förderung von Speichern hin?

Vorsitzende: Ich mache mit den Fragenrunden weiter und würde Abg. Ernst Hinsken (CDU/CSU), Abg. Dirk Becker (SPD), Abg. Horst

Meierhofer (FDP), Abg. Ralph **Lenkert** (DIE LINKE.) und Abg. Dr. Hermann **Ott** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) bitten, ihre Fragen zu stellen.

Abg. Ernst **Hinsken** (CDU/CSU): SV Dr. Wolfgang **Seeliger** (Landesbank Baden-Württemberg): Halten Sie es aus ernährungs- und ästhetischer Sicht für richtig, dass auf bester Bonität der Bundesrepublik Deutschland Gewerbesteuererinnahmen rechnen kann? Es muss alles abgeschrieben werden. Sie kommen von der Landesbank. Ich gehe davon aus, dass Sie mir diesbezüglich Antwort geben können.

Abg. Dirk **Becker** (SPD): Ich habe eine Frage an SV Prof. Eicke R. **Weber** (ISE) und SV Dr. Wolfgang **Seeliger** (Landesbank Baden-Württemberg). Es werden Vor- und Nachteile der Stärkung des Eigenverbrauchs diskutiert. Ich möchte Sie um eine Einschätzung bitten, wie sich Ihrer Meinung nach eine Stärkung des Eigenverbrauchs auf dem Markt auswirken wird. Werden möglicherweise positive Aspekte angereizt? Einige Sachverständige diskutieren das Thema „intelligente Zähler“, das über rechtliche Rahmenbedingungen angegangen wurde. Andere Sachverständige sehen ein Problem darin, dass man im Verbund auch die Solarenergie braucht.

Abg. Horst **Meierhofer** (FDP): Ich habe eine Frage an SV Dr. Holger **Krawinkel** (vzbv) und eine an SV Philippe **Welter** (PHOTON Europe GmbH). SV Dr. Holger **Krawinkel** (vzbv) zum Thema Freiflächen: Ein großer Anteil der Photovoltaik wird auch in Zukunft auf Dächern installiert. Glauben Sie, dass durch Freiflächenphotovoltaik, die auch zu erhöhten Pachtpreisen führen kann, die Kosten für Photovoltaik steigen oder günstiger werden? Wie schätzen Sie, auch aus Verbraucherschutzsicht, die Folgen für die Lebensmittelproduktion ein? Wie könnte man Nutzungskonkurrenzen ausschließen bzw. eingrenzen? An SV Philippe **Welter** (PHOTON Europe GmbH) hätte ich eine Frage zum Thema Eigenverbrauch. Es ist unumstritten, dass wir alle den Ausbau der Photovoltaik vorantreiben wollen. Die Frage ist nur zu welchen Kosten. Diese wird von verschiedenen Fraktionen und Experten unterschiedlich beantwortet. Vor allem vor dem Hintergrund, dass man in ein paar Jahren ohnehin ohne zusätzliche Förderung auskommen wird. Deswegen ist unser Ziel auch nicht, in den nächsten drei bis vier Jahren 100 % Photovoltaik zu haben, sondern einen Ausbaupfad zu beschreiten, der dazu führt, dass man zu dem Zeitpunkt, wo es kostengünstig ist, einen sehr hohen Anteil an erneuerbaren Energien,

insgesamt hoffentlich 100 %, erreichen kann. Wie ist es möglich, den Eigenverbrauch, den wir gut finden, so zu gestalten, dass er einerseits wirklich Effekte hat, entweder auf das Netz oder preishemmend für den Verbraucher? Es ist egal, ob der Verbraucher als Konsument oder als Steuerzahler zusätzlich entlastet wird. Wie kann man erreichen, dass es günstiger wird, die Netze und die Verbraucher zu entlasten? Wäre das ein Speicherzwang, wäre es ein Einspeiseverbot oder wären es Verträge, die anders abzuschließen sind? Werden es 8 Cent, werden es 6 Cent, werden es 4 Cent, die ich dafür zusätzlich zur Verfügung stellen muss?

Abg. Ralph **Lenkert** (DIE LINKE.): Ich habe vorhin 350 Unterschriften von Mitarbeitern von Schott Solar in Jena erhalten, die Angst um ihre Arbeitsplätze haben. Ich möchte in dem Zusammenhang auf SV Philippe **Welter** (PHOTON Europe GmbH) eingehen. Er hat das Beispiel der Fa. Wacker angesprochen. Die Fa. Wacker hat ihre Beteiligung an dieser Gesellschaft zurückgezogen, weil kein Vertrauen in die gesetzlichen Rahmenbedingungen vorhanden ist. Das ist ein ernstes Problem. In dem Zusammenhang wäre dann auch meine Frage an SV Angelika **Thomas** (IG Metall) und SV Dr. Wolfgang **Seeliger** (Landesbank Baden-Württemberg): Welche Rahmenbedingungen müsste die Politik schaffen, dass wir die gesamte Wertschöpfungskette der Solarindustrie im Lande behalten können, um zum einen Freiflächenutzung weiter voranzutreiben und zum anderen den Eigenverbrauch zu stärken?

Abg. Dr. Hermann **Ott** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe eine Frage an SV Dr. Wolfgang **Seeliger** (Landesbank Baden-Württemberg). Seine zweite These würde ich gerne noch mal erläutert haben. Sie lautete: Freiflächen senken die Kosten und darum sind sie notwendig. Das kann nicht der einzige Grund sein, um diese Freiflächen weiter angemessen zu fördern. Wir haben das Problem, dass die Solar- und die Photovoltaikindustrie mit gezinkten Karten gespielt hat und nicht ganz offen war. Wir müssen nicht eine neue Kultur entwickeln, wo wir nicht quersubventionieren, weil die Wettbewerbsfähigkeit bedroht ist. Die zweite Frage richtet sich an SV Prof. Eicke R. **Weber** (ISE). Im Grunde haben wir seit dem EEG ein Konjunkturprogramm. Sie hatten von 1 % des Bruttoinlandsproduktes gesprochen, was in ein paar Jahren tatsächlich über diese Industrie erwirtschaftet werden wird. Ich würde Sie bitten, das kurz zu erläutern. Ich mache mir im Grunde um die Solarindustrie weltweit keine Sorgen, denn das ist eine Schlüsseltechnologie dieses

Jahrhunderts. Aber ich mache mir Gedanken um den Industriestandort Deutschland und habe auch ein sehr großes Interesse daran, dass diese Technologie hier bleibt.

Vorsitzende: Ich würde jetzt bis 13.00 Uhr Fragen stellen lassen. Dann müssen wir schauen, dass wir in einer halben Stunde alles beantworten bekommen. Vielleicht können die Sachverständigen das zusammenfassen. Ich bitte Abg. Oliver **Kaczmarek** (SPD), Abg. Frank **Schwabe** (SPD), Abg. Ingbert **Liebing** (CDU/CSU), Abg. Ute **Vogt** (SPD), Abg. Josef **Rief** (CDU/CSU), Abg. Sylvia **Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Abg. Horst **Meierhofer** (FDP) ihre Fragen zu stellen.

Abg. Oliver **Kaczmarek** (SPD): Angesichts der fortgeschrittenen Zeit möchte ich nur eine Frage an SV Dr. Wolfgang **Seeliger** (Landesbank Baden-Württemberg) stellen. Es geht um die Frage der Übergangsregelungen und des Vertrauensschutzes. Sie haben in Ihrer schriftlichen Stellungnahme geschrieben, dass Sie von einer durchschnittlichen Bauleitplanung von mindestens zwei Jahren für solche Projekte ausgehen: Welche Übergangsregelungen hielten Sie im Gesetz für sinnvoll und notwendig, um Planungssicherheit und Vertrauensschutz zu gewährleisten?

Abg. Frank **Schwabe** (SPD): Ich habe eine ähnliche Frage an SV RA Alexander **Neuhäuser** (ZVEH): Es gibt viele Kommunen, die mittlerweile Bebauungspläne aufgestellt haben: Wie geht man aus Ihrer Sicht mit der Frage des Vertrauensschutzes um? Wie könnten Übergangsregelungen aussehen?

Abg. Ingbert **Liebing** (CDU/CSU): Meine Frage richtet sich an SV Dr. Wolfgang **Seeliger** (Landesbank Baden-Württemberg). Ich möchte noch einmal die Situation der Projekte, die einen fortgeschrittenen Stand erreicht haben, ansprechen. Sie haben in Ihrer Stellungnahme ausgeführt, dass der Vertrauensschutz in Richtung Dachflächen in Ordnung sei, aber bei den Freiflächen noch Handlungsbedarf bestehe. Ich würde gerne hinterfragen, wie Ihre Erfahrung mit dem Umgang der Finanzierungsinstitute mit diesen Projekten sind. Ich höre, dass Banken dazu übergehen, von den Projektgesellschaften Fertigstellungs- oder Anschlussbürgschaften zu verlangen: Welche Konsequenzen hätte dies für die Projekte? Können Sie dies bestätigen, dass es derartige Praktiken jetzt gibt? Ich würde noch mal hinterfragen wollen, wie ihre Erfahrungen mit den Projekten sind, die jetzt noch im Verfahren sind, der Masse der Verfahren, die Sie auch in

Ihrer Bank betreuen. Wann haben die begonnen? Welchen Vorlauf haben Sie? Sie sprachen generell von zwei bis drei Jahren. Aber die Projekte, die von der jetzigen Regelung noch nicht erfasst sind, die jetzt aber kurz vor Satzungsbeschluss stehen, wann haben die angefangen? Sind das Projekte, die jetzt ganz kurzfristig begonnen wurden, um kurz vor Toresschluss in das Verfahren hineinzukommen oder wann haben die begonnen? Wie müsste für derartige Projekte, die mit Vorlaufkosten verbunden gewesen sind, eine angemessene Frist aussehen, um den Vertrauensschutz zu gewährleisten?

Abg. Ute **Vogt** (SPD): Ich hätte eine Frage an SV Philippe **Welter** (PHOTON Europe GmbH): Inwiefern optimiert die Eigenverbrauchsförderung das System Haushalt und wieso Sie demgegenüber die Systemeinspeisung ins Stromnetz präferieren?

Abg. Josef **Rief** (CDU/CSU): Ich hätte folgende Fragen an SV Prof. Eicke R. **Weber** (ISE) und SV RA Alexander **Neuhäuser** (ZVEH): Wie haben sich konkret die Investitionskosten für Photovoltaikanlagen für Dach- und Freiflächenanlagen seit der Einbringung des Gesetzentwurfes entwickelt? Ich bin selber Grundeigentümer. Ich habe Angebote, die um 10 % bis 12 % höher liegen als im Januar. Können Sie das bestätigen oder wie sind da Ihre Informationen?

Abg. Sylvia **Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe eine Frage zum Markt und zur Marktentwicklung an SV Dr. Wolfgang **Seeliger** (Landesbank Baden-Württemberg) und SV Prof. Eicke R. **Weber** (ISE). Es geht erstaunlicherweise in Zeiten einer Wirtschaftskrise auch um die Beschränkung eines Wachstumsmarktes. Im Gesetzentwurf wird ausgeführt, dass die geplanten Maßnahmen nach der aktuellen Einschätzung dazu geeignet sind, den Zubau zu verlangsamen und den derzeitigen übermäßigen Ausbau auf eine Größenordnung zurückzuführen, die für die Erreichung der deutschen Ausbauziele ausreichend ist. Im Konkreten heißt es dann, dass die heute prognostizierten zugebauten 62 Gigawatt für 2020 runtergefahren werden. Das Ziel ist, sie auf 42 Gigawatt zu begrenzen. Ebenso für das Jahr 2030. Von bisher anzunehmenden 105 Gigawatt wird auf 65 Gigawatt runtergefahren. Der Markt soll um ein Drittel beschnitten werden: Meine Frage an Sie ist, was das für Marktteilnehmer bedeutet. Wie verändern sich außerdem die Stromerzeugungsarten in einem prognostizierten Energieszenario?

Abg. Horst **Meierhofer** (FDP): Eine Frage hätte ich an SV Philippe **Welter** (PHOTON Europe GmbH) zum Thema Übergangsfristen und Investitionssicherheit: Wie könnte eine Regelung aus Ihrer Sicht aussehen, die nicht dazu führt, dass zusätzliche Mitnahmeeffekte auftreten und gleichzeitig für größere Investitionen Vertrauensschutz und Sicherheit gewahrt bleiben?

Vorsitzende: Wir beginnen mit der Beantwortung der Fragen. Es gab die Bitte, dies in umgekehrter Reihenfolge zu tun. Ich bitte SV Dr. Wolfgang **Seeliger** (Landesbank Baden-Württemberg) die Fragen von Abg. Dr. Bärbel **Kofler** (SPD), Abg. Bärbel **Höhn** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Abg. Ernst **Hinsken** (CDU/CSU), Abg. Dirk Becker (SPD), Abg. Ralph **Lenkert** (DIE LINKE.), Abg. Dr. Hermann **Ott** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Abg. Oliver **Kaczmarek** (SPD), Abg. Ingbert **Liebing** (CDU/CSU) und Abg. Sylvia **Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zu beantworten.

SV Dr. Wolfgang **Seeliger** (Landesbank Baden-Württemberg): Ich fange mit der Frage von Abg. Ernst **Hinsken** (CDU/CSU) zum Thema Freiflächen an. Wir haben gerade diese Diskussion in der Presse gehabt, dass Photovoltaikanlagen unglaublich viel Ackerboden fressen und in Konkurrenz mit der Nahrungsmittelproduktion treten. Ich habe nicht umsonst die Zahl von 1 % der Landfläche genannt. Was die CSU in ihr neues Energiekonzept reingeschrieben hat, sind Vorgriffe auf das von der Koalition zu entwickelnde Energiekonzept, also der Vorschlag, die Biomassenutzung massiv zu fördern. Das ist kontraproduktiv. Um mit Biomasse den selben Energieinhalt zu erzeugen, brauchen sie die 10- bis 20-fache Fläche, konservativ geschätzt. Was die Frage der Ästhetik angeht: Wir sind eigentlich immer der Meinung, die Photovoltaik verbraucht viel Fläche. Braunkohle, Kohlekraftwerke verbrauchen genau dieselbe Fläche zur selben Energieerzeugung, d. h. eher provokant gesagt: Ist es Ihnen lieber, Photovoltaikkraftwerke stehen zu haben oder ein Braunkohlekraftwerk? Das Thema bester Boden: Die Bodenqualität zu beurteilen, gehört in die Planungshoheit der Gemeinden, weil die am besten die unterschiedlichen Interessen abwägen können. Ich bin nicht der Meinung, dass man in diesen lokalen, kommunalen demokratischen Prozess von Bundesebene aus angreifen muss. Zu den Konversionsflächen und deren Kosten: Wir haben Indikationen, die von Energie Baden-Württemberg AG (EnBW) stammen, die diese Kosten sehr genau berechnet hat, weil sie

Freiflächenanlagen auf Deponien bauen. Die haben relativ detailliert nachgerechnet, dass eine Kürzung auf Deponieflächen um beispielsweise 15 % zu viel ist. Wenn das durchgeführt wird, kommt man mit den weiteren Degressionen in 2011 auf einen Modulpreis von 580 Euro. Das ist das, wo First Solar, also der mit Abstand wichtigste Produzent, seine Herstellkosten hat, keine Finanzierungskosten. Das geht nicht. Das heißt, die Absenkung auf Deponien, weil da nämlich die Installation teurer ist, muss niedriger sein, in der Größenordnung von Konversionsflächen. Klar ist für mich, dass solche zweitrangigen Flächen als erstes genutzt werden müssen, auch das aber wiederum in der Planungshoheit der Gemeinden und Kommunen. Wir werden aber nicht damit hinkommen. So viele gibt es da nicht. Am effizientesten, am billigsten kann ich Freiflächenanlagen auf flachem Boden bauen. Es muss nicht der beste Ackerboden sein, es kann auch auf der schwäbischen Alb oder auf einem steinigem Acker sein. Da kommen wir auch am ehesten zu niedrigen Strompreisen. Zum Thema Speicherung: Wichtig ist diese, um die erneuerbaren Energien in den Bereich der Erzeugungsparität zu bringen, also konkurrenzfähig gegenüber konventionellen Stromarten zu machen. Das ist aber nichts Neues, machen die konventionellen Erzeuger nämlich auch. Basierend auf theoretischen Berechnungen des Fraunhofer-Instituts in Kassel ist man zu dem Ergebnis gekommen, dass das komplette Netz mit ca. 47 % erneuerbare Energien, zu 100 % und 24 Stunden am Tag, 365 Tage im Jahr laufen kann, ohne dass sie einen einzigen Speicher zusätzlich bauen müssten. Das ist technisch möglich. Es hat keiner ausgerechnet, aber es wird aber teurer. Technisch benötigt man keinen Speicher. Deshalb halte ich auch diese Lösung, im Haushalt Speicher einzuführen, für nicht effizient. Wenigstens wird es die Kosten verdoppeln. Zweitens wird es auch in Zukunft teurer sein. Dass wir konstanten Photovoltaikstrom erzeugen wollen, geht von der Prämisse aus, dass wir eine Grundlast brauchen. Aber Grundlast wird es in Zukunft nicht mehr geben. Wenn wir keine Grundlast mehr haben, brauchen wir auch keinen konstant bereit gestellten Strom aus dem Haushalt. Da spielen die Freiflächenanlagen eine Rolle, wo wir dann Zentralspeicher aufbauen können, kosteneffizienter, wirtschaftlicher, und technisch günstiger positioniert, um Kosten zu senken. Wir reden mit den Versorgern zurzeit darüber. Die sind durchaus offen. Diese Entwicklungen gehören in ein Gesamtenergiekonzept rein. Zum Eigenverbrauch: Es fällt mir schwer, das Thema einzuschätzen. Ich halte ihn für prinzipiell wünschenswert. Ich schließe mich aber im Wesentlichen dem an, was der bdeu in seiner Stellungnahme gesagt hat. Mal abgesehen davon,

dass es zurzeit ein völlig marginaler Markt ist, der vermutlich auch ein solcher bleiben wird. Wir brauchen es nicht, wenn wir das Gesamtnetz betrachten. Welche Voraussetzungen brauchen wir, um die gesamte Wertschöpfungskette im Land zu halten? Wir brauchen eine fokussierte Forschung, und zwar nicht eine Forschung, die allgemein Innovationen fördert oder wie wir das im Moment gerne machen, sondern wir müssen konkret die Produktionstechnologien fördern, die Anwendungsforschung. Wie bekomme ich die Prozesse effizienter? Wie erlange ich einen besseren Wirkungsgrad und zwar am Band? Das ist das, was die Chinesen uns vorgemacht haben. Genau das müssen wir machen und parallel dazu die Technologien grundlegend weiter entwickeln. Das bedeutet wiederum, dass es auch aus der Industrie heraus zu machen ist, um anwendungsnahe zu sein. Ich wundere mich immer, wenn gesagt wird, dass wir ein Exportland sind und deswegen keinen Protektionismus betreiben. Die Chinesen sind eine größere Exportnation. Wenn Sie nach China liefern wollen, haben sie ganz oft die Restriktion, dass sie 80 % Local Content mitbringen müssen. Sie müssen 80 % lokal produzieren. Das geht meistens nur, wenn sie dann ein 49 % Joint-Venture formen. Warum können wir das nicht, um unser geistiges Eigentum zu schützen? Zu der Übergangsregelung und dem Vertrauensschutz: Welche Übergangsfristen sind nötig? Da habe ich von massiven Problemen gehört. Ich kann allerdings jetzt auch nur über einzelne Fälle berichten, wo Genehmigungsverfahren durch die Gemeinde ausstehen, die normalerweise fünf Monate dauern. Obwohl das Projekt sehr lange vorher geplant worden ist, fällt es zu einem bestimmten Zeitpunkt aus der jetzigen Frist raus. Da kommen auf mittelständischen Unternehmen offensichtlich massive Vorfinanzierungskosten zu. Die haben geplant, haben angefangen einzukaufen, haben Planungsleistungen in Millionenhöhe vergeben. Mittelständische Unternehmen, die z. B. auf 2,8 Mio. Euro Projektkosten sitzen, die sie abschreiben müssten. Andere Unternehmen schätzen ihre Projekte auf 10 bis 15 Mio. Euro. Die würden sie aufgrund dieser jetzt vorgesehenen Fristen abschreiben müssen. Das kann das eine oder andere mittelständische Unternehmen an den Rand der Existenz bringen. Der vernünftige Vorschlag, den der Deutsche Städte- und Gemeindebund gemacht hat, lautet, die Fristen dementsprechend weiter nach hinten zu verschieben, um Vertrauensschutz zu gewährleisten. Ich möchte noch eine Sache zum Vertrauensschutz sagen. Das ist auch eine Sache, die mir die EnBW mitgegeben hat. Weil der Projektvorlauf in der Regel 26 Monate oder mehr beträgt, haben sie ein Problem mit dem atmenden Deckel. Der ist einfach zu weit gefasst. Wenn Sie die untere Grenze mit der oberen

Grenze vergleichen, dann haben Sie eine Differenz im Einspeisetarif von 17 %. Wenn Sie 2 Jahre oder 2,5 Jahre im Voraus planen, dann können Sie nicht absehen, was wirklich davon als Einspeisetarif gezahlt wird. Damit können Sie keine Wirtschaftlichkeitsrechnung für ihr Projekt machen, und damit fällt das Projekt flach. EnBW hat derzeit auch einige größere Projekte auf Eis gelegt. Wie wirkt sich die Absenkung des Ausbauziels 2020 und 2030 auf den Markt aus? Im Augenblick ist die ganze Industrie eigentlich sehr kurzfristig angelegt. Ich habe neulich mit einem Unternehmensleiter gesprochen, der gesagt hat, als jetzt die Jahresendralleye anfangt, hat er seinen Mitarbeitern einen guten Arbeitsplatz für das nächste halbe Jahr zusichern können. Die Volatilitäten im Markt sind im Augenblick dermaßen groß, dass die Unternehmen dadurch bestimmt sind und nicht durch Ausbauziele in 2020 oder 2030. Insofern kann ich da keine Beurteilung abgeben. Zu den Gewerbesteuererträgen und der Frage von Abg. Ernst **Hinsken** (CDU/CSU) kann ich leider nichts sagen, weil ich kein Steuerfachmann bin.

Vorsitzende: Vielleicht können die nachfolgenden Sachverständigen die Frage von Abg. Ernst **Hinsken** (CDU/CSU) beantworten. Dann bitte ich SV Angelika **Thomas** (IG Metall) zur Beantwortung der Frage von Herrn Abg. Ralph **Lenkert** (DIE LINKE.).

SV Angelika **Thomas** (IG Metall): Es ging um die Frage am Beispiel der Firmen Schott und Wacker, wie sich auch die Investitionsbereitschaften in den Unternehmen mittlerweile verändert hat und was man für Rahmenbedingungen braucht. Da kann man gut an das anschließen, was SV Dr. Wolfgang **Seeliger** (Landesbank Baden-Württemberg) zum Schluss gesagt hat. Die Stärke des EEG, die viel beschrieben ist, in den Köpfen verankert ist, ist die langfristige Verlässlichkeit und Planbarkeit von Rahmenbedingungen. Im Moment rutschen wir in eine Situation rein, wo sehr starke Ausschläge in der Förderpolitik zu sehen sind. Das ist ein Beispiel, aber auch die Frage der Freiflächen und Ackerflächen. Ich will jetzt nichts dazu sagen, wie man das mit den Ackerflächen lösen muss. Es ist wohl so, dass in dem Segment der Freiflächenanlagen etwa 60 % Ackerflächen sind. Die werden jetzt auf einen Schlag als Marktsegment rausgenommen. Das sind natürlich alles auch massive Ausschläge, die nicht mehr dazu führen, dass langfristige Investitionsplanungen funktionieren. Das ist so ähnlich, wie bei den Projektierungen, wenn ich oder meinem Investor nicht sagen kann, ob ich in zwei Jahren tatsächlich zu dem Ergebnis komme, dass ich jetzt plane, weil ich

gar nicht weiß, was in zwei Jahren die Rahmenbedingungen sind. Das wird sich auf der Investitionsbereitschaft in den Unternehmen auswirken.

Vorsitzende: Ich bitte SV Philippe **Welter** (PHOTON Europe GmbH) die Fragen von Abg. Dr. Maria **Flachsbarth** (CDU/CSU), Abg. Michael **Kauch** (FDP), Abg. Horst **Meierhofer** (FDP) und Abg. Ute **Vogt** (SPD) zu beantworten.

SV Philippe **Welter** (PHOTON Europe GmbH): Zur Frage von Abg. Dr. Maria **Flachsbarth** (CDU/CSU) welche Speicher derzeit schon existieren. Den Vorschlag, den wir gemacht haben, wo wir mit 3 Cent pro Kilowattstunde für die gespeicherte Energie an die Sache rangehen. Das ist ein aggressiv niedriger Wert. Meine Intention ist es dabei wirklich nicht, wenn wir jetzt über 6 Cent oder 8 Cent nachdenken, dass wir auf einmal Bleiakkus in den Keller bekommen. Das ist das Problem mit der heutigen Eigenverbrauchsregelung, damit können Sie sich ein Bleiakku in den Keller stellen. Den können Sie damit bezahlen. Das ist ökologisch nicht das, was wir wollen. Es gibt Speichertechnologien, die man einsetzen kann. Das sind die sog. Natrium-Schwefel-Akkumulatoren. Die sind ursprünglich für den Pkw-Bereich entwickelt worden, haben sich dort aber aus Gründen der Energie- und Leistungsdichte nicht durchgesetzt, was bei Photovoltaikanlagen aber kein Problem ist. Hier möchte ich auch SV RA Alexander **Neuhäuser** (ZVEH) widersprechen. Den Platz, den sie für solch einen Speicher brauchen, selbst wenn sie ihr ganzes Dach mit Solarmodulen belegt haben, entspricht etwa dem einer Waschmaschine. Insofern sind die Kosten sehr niedrig. Ein Effekt, den man sehen muss, wenn man mit 3 Cent pro Kilowattstunde in den Speicher hineingeht, ist ein direkter Einspareffekt im Netzausbau. Wenn Sie Photovoltaik im großen Ausmaß installieren, haben sie vor allem eine Mittagsspitze. Die Netze müssen diese Mittagsspitze wegbekommen. In Bayern wird deswegen pausenlos gebuddelt und neue Kabel werden in die Straßengraben geworfen. Im Zweifelsfall bekommen sie noch eine Lastumkehr am Ortsnetztransformator. Der müsste im Zweifelsfall ausgetauscht oder erweitert werden, um die Lasten zu tragen. All das können sie mit einem lokalen Speicher verhindern. Wenn man die Netzausbaukosten, die jetzt aufgrund der EEG-Abrechnung etwa 2,7 Cent pro Kilowattstunde Photovoltaikstrom betragen, einsparen kann, und der Speicher für 0,3 Cent zu bekommen ist, ist der praktisch kostenlos. Ausnahmsweise wäre die Photovoltaik also einmal kostenfrei und man baut eine Infrastruktur für die

Zukunft auf. Es ist gesagt worden, es ist Quatsch, dass man keine Speicher brauche, die wie Grundlast ins Netz wirken würden. Grundlast gibt es demnächst aber nicht mehr. Wir brauchen lokale Speicher bei der Photovoltaik, weil wir ansonsten die Netze massiv ausbauen müssten. Das wird volkswirtschaftlich sehr teuer werden. Die Speicher, die dann die Photovoltaik kostenlos mitbringt, haben noch einen weiteren Vorteil: Sie werden nur im Sommer benutzt. Im Winter sind sie leer, weil im Winter die Erzeugung aus der Photovoltaik sehr gering ist. Dann kann man die Kapazitäten nutzen, um beispielsweise Windstrom zwischenspeichern. Und zwar kostenlos, weil die Speicher schon bezahlt worden sind. Das in einem intelligenten Netzverbund mit einer Steuerung über die Netzsteuerung hat auch weitere Vorteile. Es gibt diesen Begriff „Schattenkraftwerke“. Wenn sie jede Photovoltaikanlage mit so einem kleinen Speicher versehen, brauchen sie keine Schattenkraftwerke mehr. Sie haben jederzeit die Leistung, die in Deutschland nötig ist. Die gesamte Regelenergie, Minuten- und Sekundenreserve wird komplett von den erneuerbaren Energien geliefert und das alles kostenlos. Zur der Frage, was bis möglich 2011 ist: Das ist eine neue Technologie. Die braucht jetzt erst einmal Zeit. Wir werden 2011 nicht die Situation haben, dass jeder Photovoltaikanbieter solche Produkte anbietet. Aber man muss den Anreiz setzen. Im Moment fängt niemand an, in diese Technologie zu investieren und Produktionskapazitäten für diese Technologie aufzubauen, weil er denkt, der Markt dafür kommt erst in 15 Jahren. Das Problem ist nur: Wenn wir in 15 Jahren diese Technologie brauchen, ist die Zeit nicht mehr da, die Produktionskapazitäten aufzubauen. Das selbe Spiel, wie mit der Photovoltaik. Man muss früh anfangen, damit es am Ende, wenn man es braucht, billig ist. Und da jetzt gerade diese 3 Cent pro Kilowattstunde mit einer Gegenrechnung 2,7 Cent Netzentlastung aufgeht, sollte man es machen. Wenn keiner mitzieht, hat man mit Zitronen gehandelt. Wenn es aber der Einstieg in eine neue Technologie ist, dann ist das sinnvoll, dass Deutschland weit vorne ist, zumal Deutschland das Land ist mit den höchsten Zubau an erneuerbaren Energien ist. Zu der Frage der Ackerflächekonkurrenz und der Preise: Ich habe es auch in der Stellungnahme schon ausgeführt, die Zahlen sind eindeutig. Wir haben 17 Mio. Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche in Deutschland. Wir haben 0,01 Mio. Hektar Photovoltaikfläche. Ich kann keine Nutzungskonkurrenz sehen. Was es allerdings gibt, das sind ganz lokale Effekte, was Pachtpreise angeht. Wenn in einem bestimmten Dorf eine Photovoltaikanlage auf einen bestimmten Acker gebaut werden soll und der bisherige Eigentümer hatte bislang an einen Landwirt verpachtet, dann

erhöht das Lokal die Pachtpreise. Das muss die kommunale Bauleitplanung erledigen. Was das EEG da leisten muss, ist nur, die Überrenditen zu vermeiden. Es ist natürlich klar, wenn man diese extremen Eigenkapitalrenditen hat, dann kommt diese Spekulantentum auf. Es ist immer das selbe Problem. Wenn die Eigenkapitalrendite hoch ist, zieht man wie ein Magnet alles an, baut es dann hin und erzielt lokale Verwerfungen. Aber hier ist definitiv die Bauleitplanung der richtige Ansatzpunkt. Wenn man grundsätzlich Sorge hat, dass das zu viel wird, dann kann man auch noch was anderes machen, anstatt die Ackerflächen ganz heraus zu werfen. Man könnte ein Limit aufnehmen, z. B. 1 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche. Damit wäre vollkommen klar, dass es keine Konkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion und zur Biomasse gibt. Für die Photovoltaik wird das aber vollkommen ausreichend sein für die nächsten Jahrzehnte, denn mit 1 % der Landfläche kann man 90 % des Stroms erzeugen. Solarenergie ist bezogen auf die Fläche extrem effizient. Zur Frage von Abg. Horst **Meierhofer** (FDP) zum Eigenverbrauch und wie man den gestaltet, damit man diese Windfallprofits nicht hat: 20 % bis 30 % sind Eigenverbrauch, ohne dass man an seinem Haus irgendetwas ändert. Dafür eine Zusatzvergütung zu bezahlen, macht irgendwo keinen Sinn. Es erhöht nur die Rendite. Man könnte natürlich in das Gesetz einfach schreiben, es gibt diesen Eigenverbrauchsbonus nur für den Strom, der beispielsweise oberhalb von 30 % Eigenverbrauch erzeugt oder in Eigenverbrauch verbraucht wird. Dann hätte man den Windfallprofit aus der Sache rausgeschnitten. Den Eigenverbrauch zu optimieren auf das Haus ist das, was durch den Eigenverbrauch passiert. Wir haben aber kein Problem im System Haus, das z. B. im Haus Energie falsch verteilt würde. Wir haben ein Problem im System Stromnetz. Wir müssen das System Stromnetz optimieren. Das ist auch von den Experten immer wieder gesagt worden. Das „Smart Grid“ ist die richtige Lösung für das Problem Eigenverbrauch. Zu den Übergangsfristen für die Freiflächenanlagen: Da ist ein politisches Problem entstanden. Die Politik hat immer gesagt, die Freiflächen werden beibehalten. Das galt sogar noch im Eckpunktepapier von BM Dr. Norbert **Röttgen** (BMU) von Januar. Da stand sogar drin, der Termin 2015 soll aus dem Gesetz raus fallen. Alle Leute durften damit rechnen, dass Freiflächen im Gesetz drin bleiben, wenn auch mit der höheren Degression, die wir mit 25 % für einen Tick zu hoch halten. Aber dann hieß es im Gesetzesentwurf auf einmal, dass sie komplett herausfallen sollten. Das ist ein Problem für einen Investor. Er kauft Grundstücke, er stellt Bauanträge und drei Wochen später heißt es dann, daraus wird nichts. Da muss man eine extrem

kulante Regelung finden. Ansonsten ist das Vertrauen in die Politik komplett pulverisiert. Man müsste jetzt eine flexible Lösung finden, dass man mit langen Fristen und dem Nachweis arbeitet, wann ein Projekt begonnen wurde. Wenn irgendein Nachweis erbracht werden kann, ein Grundstück gekauft, ein Pachtvertrag geschlossen, eine Ausschreibung gemacht wurde, was immer ein Investor nachweisen kann, dann muss man lange Fristen ansetzen. Vielleicht bis in die nächste EEG-Novelle hinein. Es ist zu überlegen, ob es nicht wirklich besser wäre, die Freiflächen beizubehalten. Der Vorschlag wäre, die Nutzung auf 1 % der landwirtschaftlichen Fläche zu limitieren. Es gibt keine Flächenkonkurrenz. Nach vier bis fünf Jahren ist damit zu rechnen, dass die Gewerbesteuer fließt.

Vorsitzende: Ich bitte SV Prof. Eicke R. **Weber** (ISE), die Fragen von Abg. Dr. Bärbel **Kofler** (SPD), Abg. Sabine **Stüber** (DIE LINKE.), Abg. Bärbel **Höhn** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Abg. Dirk **Becker** (SPD), Abg. Dr. Hermann **Ott** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Josef **Rief** (CDU/CSU) und Abg. Sylvia **Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zu beantworten.

SV Prof. Eicke R. **Weber** (ISE): Das Thema Frei- und Ackerflächen wurde durch meine Vorredner schon angesprochen. Ich persönlich glaube, dass es eine ganz schlechte Idee war, in den Vorschlag die komplette Herausnahme von Ackerflächen aufzunehmen. Wir haben schon gehört, warum das passiert ist. Wir sollten uns daran erinnern, dass Frei- und Ackerflächen die preisgünstigste Art sind, photovoltaische Energie herzustellen. Das bedeutet, bei gleichen Gigawatts installierter Leistung erhöhen wir die Wälzungssumme, in dem wir die Frei- und Ackerflächen reduzieren. Die Vorschläge, die zirkuliert wurden, z. B. eine lokale Positivliste, wo durchaus auch Naturschutz und andere Überlegungen einfließen können, sind absolut richtig. Auch die 1 %-ige Begrenzung auf die landwirtschaftlichen Flächen, die für Photovoltaik zur Verfügung gestellt werden, macht sicherlich sehr viel Sinn. Auf jeden Fall sollte man die Herausnahme von Ackerflächen aus dem Gesetz überdenken. Zur Frage von Abg. Bärbel **Höhn** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum Eigenverbrauch und Speicherung: SV Philippe **Welter** (PHOTON Europe GmbH) hat sehr viel Positives und Detailliertes gesagt. Ein Thema, was ich noch einbringen möchte, ist die Elektromobilität. Wenn wir wirklich übergehen zu einer primär elektrischen Fahrweise, dann wird die Gesamtheit der Batterien, die in den Autos sind, eine kostenlose Speichermöglichkeit bieten und im Konzept eines „Smart Grids“ wird es absolut möglich sein,

das Auto abzustellen und bis zur Nutzung um 8.00 Uhr einen zwischenzeitlichen Stromfluss in beiden Richtungen zu ermöglichen, je nachdem, wo Geld zu verdienen ist. Generell ist Eigenverbrauch natürlich hervorragend, weil es die Anforderungen an die Netze reduziert. Eigenverbrauch muss nicht von weit her herangeschafft werden, sondern wird an Ort und Stelle hergestellt. Speicher sollte man eher im Mechanismus des Eigenverbrauchs selber betrachten. Was ich bisher vermisst habe, ist die Diskussion der Möglichkeit weiträumiger Energienetze. Sichtwort „Desertec“. Ich sehe, dass wir auf Dauer, wenn wir jenseits 2050 denken, dort wo die Sonne scheint, die Energie ernten und mit Hochspannungsgleichstromübertragungen, auch über 10.000 km dort hinbringen können, wo wir sie brauchen. Es ist technisch schon heute möglich. Ich persönlich bezweifle übrigens, dass „Desertec“ hauptsächlich Solarthermie wird. Bis dahin wird Photovoltaik so preiswert sein, dass sie eine sehr große Rolle spielt. Zur Frage: Wieso 1 % des Bruttoinlandsproduktes? Das war eine einfache Rechnung: Wenn wir 5 % bis 6 % Gigawatt installierte Leistung haben, dann ist das ein Marktpreis von 15 Mrd. Euro bis 18 Mrd. Euro. Für deutsche Produktion bedeutet das praktisch 100 % Wertschöpfung in Deutschland. Für ausländische Produktion dadurch, dass die Geräte aus Deutschland kamen und die Installationen in Deutschland passiert, immer noch 60 % Wertschöpfung. Das erreichen wir ganz schnell, ganz bald und das ist ein sehr wichtiger Effekt. Photovoltaikanlagen sind seit Januar 2010 ein wenig teurer geworden durch die hohe Nachfrage. Aber tendenziell wird die Kostensenkung weitergehen. Die Lernkurve setzt sich auf Dauer immer durch. Zur Frage des Beschneidens des Marktes für 2020/2030. Meine Damen und Herren, 2020/2030 werden wir in der Situation sein, dass wir froh sind, einen möglichst hohen Anteil Photovoltaikstrom im Netz zu haben, weil das dann wirtschaftlich konkurrenzfähig ist und es sich um eigenhergestellte Energie handelt, für die wir keine Brennstoffe brauchen. Eigentlich schießen wir uns in unseren Fuß, indem wir sagen, wir wollen bewusst die Menge des eingespeisten Stroms, die wir 2020/2030 haben, reduzieren. Wir sollten sagen, lasst uns das Maximum installieren, lasst uns dafür sorgen, dass wir der Lernkurve folgen mit unserem Einspeisepreis, um bei jeder installierten Menge den Investoren einen vernünftigen, nicht zu großen und nicht zu kleinen Profit zu gönnen. Meine letzte Bemerkung zur Frage Forschungsförderung: Wenn wir wirklich Forschung stärker fördern würden, bitte nicht als institutionelle Förderung, sondern durch Finanzierung von Industrieprojekten. Es ist die effizienteste Art, Steuergelder für die Zusammenarbeit zwischen Forschung an Universitäten, Instituten und der In-

dustrie zu vergeben. Wenn die Industrie weiß, wir geben 100.000 Euro und wir bekommen in einem einfachen Verfahren aus staatlicher Quelle weitere 100.000 Euro, dann hat das einen großen Effekt, sowohl für die Innovation in der Industrie, als auch für die weitere Unterstützung der Forschungslandschaft in Deutschland.

Vorsitzende: Ich bitte SV RA Alexander **Neuhäuser** (ZVEH), die Fragen von Abg. Dr. Maria **Flachsbarth** (CDU/CSU), Abg. Frank **Schwabe** (SPD) und Josef **Rief** (CDU/CSU) zu beantworten.

SV RA Alexander **Neuhäuser** (ZVEH): Ich beginne mit dem Eigenverbrauch: Da wurden die Speicher angesprochen. Ich möchte keinen falschen Eindruck erzeugen, aber klar machen, dass es andere technische Lösungen, die derzeit verfügbar und zum Teil günstiger und mit weniger Aufwand umsetzbar sind, gibt. Unseres Erachtens sollte das der Markt entscheiden, was hier die beste Möglichkeit ist. Wie könnte man das erreichen? Man könnte das erreichen, indem man die Eigenverbrauchsvergütung nach der Menge des eigenverbrauchten Stroms staffelt. Dadurch steigt der Anreiz, mehr dafür zu tun, dass ich im Gebäude mehr Eigenverbrauch habe. Gleichzeitig würde auf keinen Fall eine scharfe Grenze, z. B. 30 % ziehen, um überhaupt einen Eigenverbrauchsvergütung zu bekommen. So würde man den gesamten Bereich der Kleinanlagen, wo vielleicht zusätzliche Investitionen lohnen, nicht erwischen, die aber vielleicht bei der Eigenverbrauchsrate unter Umständen besser liegen. Deshalb noch mal den Blick verschärfen, was hier möglich ist. Natürlich sind Speicher eine gute Möglichkeit, Last vom Netz zu nehmen. Da gibt es Stromspeicher, aber auch derzeit sehr günstige thermische und Kältespeicher. Da könnte man beispielsweise in der Energieeinsparverordnung ansetzen, um dieses Thema noch stärker hervorzuheben. Weshalb ich die Automation angesprochen habe: Auch hier haben Sie die Möglichkeit, im Gebäude selbst den Eigenverbrauch zu erhöhen. Auch dieses Thema sollte in der Energieeinsparverordnung, unter Umständen auch über eine gestaffelte Eigenverbrauchsvergütung, stärker transportiert werden. Das Thema Vertrauensschutz: Wir sprechen hier für die kleinen und kleinmittelständischen Betriebe, die auch eine große Zahl der Anlagen installiert und die nicht vorrangig im Bereich Frei- und Ackerflächen tätig sind. Trotzdem trifft uns das Thema natürlich auch. Es gibt Betriebe, die das machen, und wir sehen beim Vertrauensschutz ein Problem. Es ist so, dass der Gesetzentwurf in laufende Tatbestände eingreift,

weil Planungsinvestitionen, die vor langer Zeit getätigt wurden, unterlaufen werden. Es gibt einen konkreten Vorschlag dazu. Der läuft darauf hinaus, dass die Fristen verlängert werden. Man sollte dabei auf den Beschluss zur Planaufstellung abstellen, weil zu diesem Zeitpunkt die meisten der Planungskosten angefallen sind. Gleichzeitig sollte man die Umsetzungsfrist auf zwei bis drei Jahre verlängern, weil das die Zeit ist, in der die Anlagen realisiert werden. Zu den Investitionskosten für Photovoltaikanlagen: Natürlich sind die Preise gestiegen, aber das ist einfach ein Marktphänomen. Das liegt nicht nur daran, dass Installateure jetzt große Renditen einstreichen, sondern es hängt damit zusammen, dass eine höhere Auftragsdichte auch zu mehr Kosten führen kann, weil Kapazitäten zugekauft werden müssen usw. Um das zu vermeiden, möchte ich nochmal darauf hinweisen, dass im Grunde die beste Lösung wäre, einen gleichmäßigen Markt zu erzeugen, der gleichmäßig reagiert, und wo man die Zyklen, in denen es zu Schwankungen im Markt kommt, nicht hat.

Vorsitzende: Ich bitte SV Dr. Holger **Krawinkel** (vzbv), die Fragen von Abg. Horst **Meierhofer** (FDP) zu beantworten.

SV Dr. Holger **Krawinkel** (vzbv): Im Interesse des EEG ist es, die geförderten Technologien über kurz oder lang zur Marktfähigkeit zu bringen. Deswegen müssten eigentlich die Vergütungssätze zusammenlaufen, weil irgendwann der Punkt erreicht werden soll, wo sie gemeinsam wirtschaftlich werden. Freiflächen sind natürlich am wirtschaftlichsten. Eigentlich müsste sich die ganze Vergütung in Richtung dieser Freiflächen entwickeln. Deswegen ist es auch nicht zielführend, wenn gerade das Marktsegment, was die Preisführerschaft im positivem Sinne ausmacht, entfällt. Ich denke, es geht hier um zwei oder drei Steuerungsmechanismen. Man muss die Überförderung und die möglichen Nutzungskonflikte vermeiden. Die sehe ich global oder auf Deutschland bezogen auch nicht als besonders groß an, die Probleme sind eher lokal. Deswegen ist die lokale Bauleitplanung, möglicherweise auch die Regionalplanung, so wichtig. Im Übrigen möchte ich darauf hinweisen, dass es natürlich auch Nutzungskonflikte mit anderen erneuerbaren Energien gibt, die Fläche verbrauchen, insbesondere mit der Bioenergieproduktion. Das wäre vielleicht eine Aufgabe, die die Kommunen innerhalb ihres Bereichs klären sollten. Von daher würde ich dafür plädieren, die Agrarflächen, wie das im ursprünglichen Entwurf auch vorgesehen war, nicht rauszunehmen und die Überförderung entsprechend abzubauen.

Für die Mehrkosten schlage ich zur Deckung vor, auf die Eigenverbrauchsvergütung bis 2012 zu verzichten und zu hinterfragen, welche Maßnahmen die netzentlastende Wirkung haben, die man erzielen will.

Vorsitzende: Ich möchte mich bei unseren Sachverständigen für die große Geduld bedanken. Ich hoffe, dass nicht all zu viele Fragen offen geblieben sind. Ich möchte mich bei den Kolleginnen und Kollegen bedanken und vor allem bei den Zuhörerinnen und Zuhörern. Ich denke, das war eine interessante Veranstaltung. Sicher werden wir in absehbarer Zeit wieder über regenerative Energien und den Energiemix diskutieren. Unser Ziel muss sein, möglichst viel regenerative Energien umzusetzen, um das Klimaschutzziel 2020 zu erreichen. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen einen schönen Nachmittag und gute Heimfahrt.

Ende der Sitzung: 14.00 Uhr

bo/scho/gro

Eva Bulling-Schröter, MdB
Vorsitzende